

Njet!

Das kommunistische Jugendmagazin

Wir
vergessen
nicht.



Krieg dem Kriege!

100 Jahre Erster Weltkrieg

Ausgabe Nr. 6
Juli 2014

In Erinnerung an Max Borsdorf

Max Borsdorf gehörte als konsequenter Antimilitarist zur linken Opposition innerhalb der deutschen Arbeiterjugend. Beim Verteilen der Zeitschrift «Jugend-Internationale» wurde der Achtzehnjährige verhaftet und zur Strafe als Soldat an die Westfront geschickt. Ein Bauchschuss setzte seinem kurzen Leben am 3. Januar 1917 ein Ende.

Inland:

- 04 **KJ in Aktion!**
- 05 **Emma hilft**
- 06 **Vom Desaster: Mindestlöhne**
- 08 **Streik-Erfolg gegen Lohndumping**
- 10 **Wer regiert die Welt?**

International:

- 13 **Machtkampf um die Ukraine**
- 16 **Soviel kostet Krieg**

Erster Weltkrieg:

- 18 **Bonzen im Bluttausch**
- 20 **Die schweizerische Arbeiterbewegung während des Ersten Weltkriegs**
- 23 **Es war einmal die Jugend**
- 31 **Die immerwährende Bedrohung**

Kultur & Trash:

- 36 **Mord im Kinderzimmer**
- 37 **Der Mensch ist gut**

NEIN SAGEN. NJET! LESEN.

Hundert Jahre sind seit dem Ersten Weltkrieg vergangen, in dem Millionen von Arbeiter*innen für die Profitinteressen und Expansionsgelüste der Imperialist*innen geopfert wurden. Zum ersten Mal wurden in einem grösseren militärischen Konflikt Menschen industriell vernichtet. Giftgas, Maschinengewehre, U-Boote, Tanks, Bombenflugzeuge, viele Elemente des modernen Massenmordens wurden hier erstmals eingesetzt.

Die Widersprüche des Kapitalismus traten dabei offen und unmissverständlich zu Tage: Nicht zur Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen wird produziert, einzig die Interessen der Kapitalistenklasse sind von Bedeutung. Und wenn diese mit Krieg durchgesetzt werden können, wird nicht mit der Wimper gezuckt.

In dieser Ausgabe des Njet! erinnern wir uns jener Katastrophe, die ganz und gar nicht zufällig eingetreten ist, wie man uns in letzter Zeit weismachen will. Wir beleuchten die ökonomischen und politischen Interessen, welche die Kriegstreiber bewegt haben, aber auch die Rolle der ach so neutralen Schweiz. Besondere Aufmerksamkeit geben wir dem Kampf der sozialistischen Jugend im deutschsprachigen Raum gegen den Krieg und der Frage, wie antimilitaristische Politik aussieht. Es wird sich zeigen, dass Antimilitarismus ein Kernthema für die Jugend bleiben muss, in diesen Zeiten, wo die zwischenimperialistischen Spannungen wieder zunehmen. Wir müssen heute noch sagen: Krieg dem Kriege!

Impressum:

«Njet! - Das kommunistische Jugendmagazin»
Ausgabe Nr. 6, Juli 2014
Herausgeberin: Kommunistische Jugend Zürich
c/o PdA Zürich, Postfach 8721, 8036 Zürich
E-Mail: Zuerich@KommunistischeJugend.ch
Abopreis: 20 Franken normal / 40 Franken soli
PC: 60-729369-5

Gender*Sternchen

Im Njet! verwenden wir das sogenannte Gender*Sternchen, beispielsweise im Wort «Kommunist*in». Diese Schreibweise ist aus der Queer-Theorie entstanden. Mit dem Gender*Sternchen wird in den Wörtern Platz gemacht für die ganze Bandbreite an Gender und sexuellen Identitäten der Menschen. Kurz gesagt: Es soll nicht immer nur von heterosexuellen Männern die Rede sein und das wollen wir auch sprachlich ausdrücken. Beim Gender*Sternchen handelt es sich allerdings um eine blosser Formalität. Der Kampf gegen Sexismus, Antifeminismus, Homo- und Transphobie kann nur im echten Leben durch organisiertes Handeln geführt und auch gewonnen werden.



KJ in Aktion!

KJ Neuchâtel

Die Kommunistische Jugend Neuchâtel (Jeunes POP) hat über Ostern ihr jährliches Bildungswochenende, die Form'action, veranstaltet. Im Programm standen Vorträge, Diskussionen, Workshops und Filme. Es wurde über die Geschichte der kommunistischen Bewegung in der Schweiz berichtet, von der Ersten Internationalen über die Gründung der Kommunistischen Partei der Schweiz bis zu ihrem Verbot 1944 und der Neugründung als Partei der Arbeit (PdA). Am Zweiten Tag erzählte ein Schweizer Kommunist von der Geschichte der PdA anhand seiner eigenen. Nicht zuletzt wurde auch über die Gewerkschaftspolitik im Fall der streikenden Spitalmitarbeiter*innen in Neuchâtel diskutiert sowie über den Imperialismus, wie ihn die EU ausübt.

KJ Zürich

14'000 Arbeiter*innen zogen am diesjährigen Ersten Mai durch Zürich, darunter die Kommunistische Jugend. Sie demonstrierten gegen schlechte Arbeitsbedingungen und für bessere Löhne und Renten. Überall konnte auch die zentrale Forderung der Schweizer Arbeiterschaft gehört werden: einen Mindestlohn von 4'000 Franken. Ebenfalls sehr präsent war der Kampf gegen Rassismus.

Auf dem Kasernenareal fand nach der Demo und am Wochenende darauf das alljährliche Volksfest statt. Die Kommunistische Jugend teilte sich hier den Stand mit der Partei der Arbeit Zürich. Am Fest konnte man dann bei guter Musik und informativen Vorträgen die von der KJ kreierten Drinks Sweet Rosa oder Bitter Lenin geniessen.



Die Kommunistische Jugend Zürich nimmt an der 1.Mai-Demo teil. Foto: Yoyo, 2014.



EMMA HILFT

Hallo Emma!

Nochmals Roman vom letzten Mal. Deine Antwort hat mir gut geholfen. Ich habe mit meinem Lehrmeister gesprochen und er hat mir (etwas zähneknirschend) die Arbeitszeit auf höchstens 9 Stunden am Tag gekürzt. Jetzt kann ich früher nach Hause, wenn ich um 6 Uhr anfangen, oder kann länger ausschlafen, je nachdem. Es wäre aber noch schön, wenn ich längere Pausen machen könnte: Ich habe 40 Minuten Mittagspause und noch Znüni- und Zvieripausen von je 15 Minuten. Ist da etwas zu machen?

Hallo Roman.

Es freut mich mega, dass ich dir helfen konnte :D

Diesmal kann ich aber leider nicht viel für dich tun. Rechtlich sieht es nämlich folgendermassen aus:

Wenn du täglich 7 bis 9 Stunden arbeitest, wie in deinem Fall, steht dir eine Mittagspause von mindestens einer halben Stunde zu. Znüni und Zvieri sind gesetzlich nicht vorgeschrieben, jeder Betrieb kann das nach eigenem Ermessen regeln. Aber wenn du länger als fünfeinhalb Stunden am Stück arbeitest, darfst du mindestens 15 Minuten Pause machen. Wie lange diese Pausen gehen, ist im Arbeitsvertrag geregelt. Schau dir also deinen Arbeitsvertrag genauer an, vielleicht kannst du dort noch was rausschlagen.

Deine Emma

PS: Falls auch du eine Frage hast bezüglich deiner Lehre oder Schule, dann schick sie mir über:

Emma@KommunistischeJugend.ch



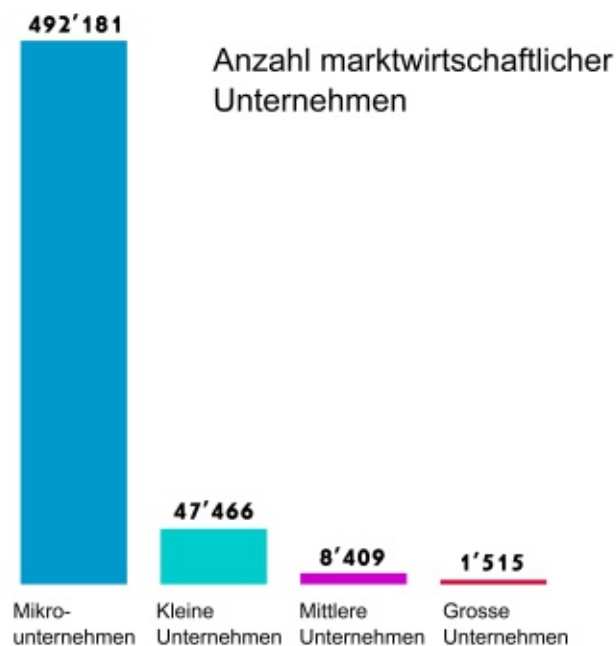
A close-up, profile view of Paul Rechsteiner, a man with dark hair and a mustache, looking slightly to the left. He is wearing a light blue button-down shirt under a dark jacket. The background is blurred, showing other people and a red banner with white text.

Vom Desaster: Mindestlöhne

«Das Resultat der Abstimmung ist schlecht», äusserte sich Paul Rechsteiner (Foto) zum Ergebnis der Mindestlohn-Initiative. Dabei untertrieb der SGB-Präsident noch: mit nur 23.7 Prozent der Stimmen hatte sich der Gewerkschaftsbund (SGB) mit Mitte Mai eine historische Schlappe eingefahren.

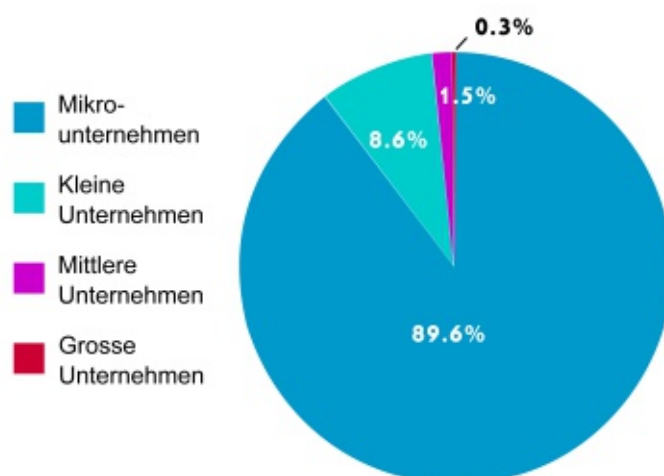
Über die Gründe der Niederlage ist schon ausgiebig spekuliert worden. Von der «Neid-Mentalität» über die unterschiedlichen Abstimmungsbudgets bei SGB und Wirtschaft (anderthalb Millionen zu unbekannten Millionenbeträgen) bis hin zur faden, leicht nationalistischen Gewerkschaftskampagne «Starkes Land. Faire Löhne.» dürften viele Faktoren eine Rolle gespielt haben.

Wir glauben allerdings, dass ein noch wenig betrachteter Aspekt wesentlich zum Desaster beigetragen hat: das Abstimmungsverhalten des Kleinbürgertums. Unserer Meinung nach hat gerade die Kleinbesitzerin, der Ladenhalter, die Café-Chefin in der Abstimmung eine Rolle gespielt. Warum? Schauen wir es uns an.



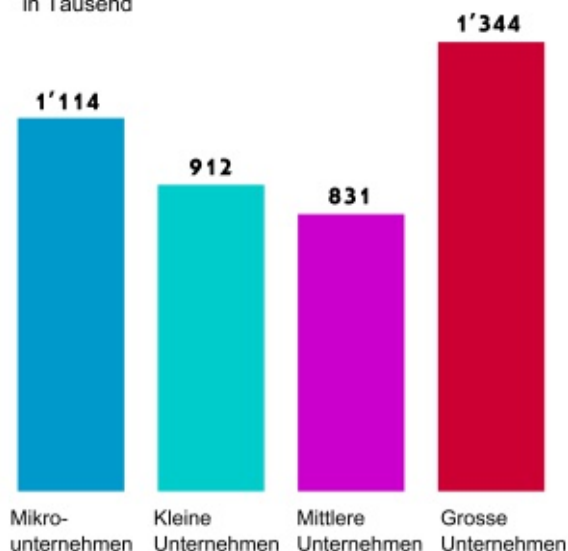
Fast 550'000 Mikro-, Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU) kennt die Schweiz. Sie sind die Klassenbasis des Kleinbürgertums. Hinzu kommen Teile der Beamtenschaft aus dem öffentlichen Sektor. Schon zahlenmässig ist das Kleinbürgertum der Schweiz eine nicht zu ignorierende Klasse. Ihr Einfluss reicht aber – wie wir noch sehen werden – bis in die Arbeiterschaft hinein, macht also nicht an den Klassengrenzen halt.

Marktwirtschaftliche Unternehmen im Verhältnis



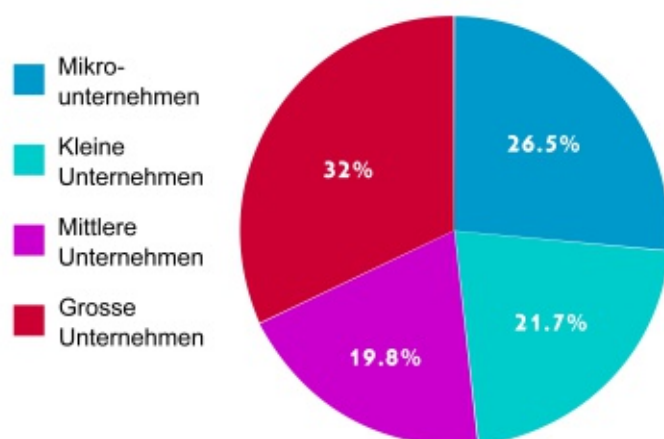
99.7 Prozent der marktwirtschaftlichen Unternehmen sind KMU. Viele dieser KMU leben von den schlechten Arbeitsbedingungen; eine Verbesserung der Löhne für ihre Angestellten hätte sie getroffen. Entsprechend sind gerade die KMU, vertreten durch den Gewerbeverband, gegen die Mindestlohn-Initiative in Stellung gegangen – mit ihnen: das Kleinbürgertum. Ein Unternehmerkomitee für die Mindestlohn-Initiative, wie es etwa bei der 1:12-Initiative vorhanden war, gab es diesmal nicht.

Anzahl der Beschäftigten in Tausend



Gut 2.2 Millionen Menschen stimmten gegen die Mindestlohn-Initiative. Die Zahl lässt sich nicht allein aus dem Kleinbürgertum erklären. Das Grosskapital hingegen ist zahlenmässig weitgehend irrelevant. Erklärbar wird das Ergebnis der Abstimmung nur, wenn man annimmt, dass auch Arbeiter*innen gegen Mindestlöhne votierten. Sie stellen die eigentliche Masse an Menschen in der Schweiz dar. In der Abstimmung um Mindestlöhne vertrauten sie massenhaft kleinbürgerlichem Gerede von Stellenverlust und nicht mehr lohnender Ausbildung gegen die Initiative.

Verteilung der Beschäftigten auf die Unternehmen



48.2 Prozent der Arbeitenden sind in Mikro- und Kleinbetrieben mit maximal 49 Beschäftigten tätig. Gerade in diesen Kleinbetrieben ist die Zusammenarbeit des Chefs mit den Arbeitenden besonders eng, der Einfluss des Kleinbürgertums auf die Arbeiterschaft entsprechend gross. Über diesen Kontakt, diese enge Verbindung wirkt der Einfluss des Kleinbürgertums in die Arbeiterschaft hinein. Unter Abwesenheit eines Klassenbewusstseins der Arbeitenden wird so eine Masse der Arbeitenden in kleinbürgerlichen Bann geschlagen, vertraut kleinbürgerlicher Propaganda. Etwa der gegen ordentliche Mindestlöhne.

Streik-Erfolg gegen Lohndumping

Im Februar traten die Arbeiter auf der ZARA-Baustelle im Zürcher Bally-Haus in den Streik. Der Ausstand war die Antwort auf massives Lohndumping und zwang das verantwortliche Bauunternehmen, hinter dem der Milliardenkonzern Inditex steht, zur Schuldbegleichung. Ein Erfolg für Arbeiter*innen und Gewerkschaft – aber der Kampf gegen Lohndumping geht weiter.

Hinter den Gemäuern an der Zürcher Bahnhofstrasse fliesst viel Geld. Nur nicht in die Taschen der Arbeiter*innen, die für die bauliche Herrichtung der profitablen Geschäfte verantwortlich sind. Das macht der Fall ZARA vom vergangenen Februar deutlich: Auf der Baustelle des neuen Flagshipstore im Bally-Haus wurden rund 50 spanische Arbeiter zu Tiefstlöhnen zwischen 900 und 2'000 Euro beschäftigt, bei einer Arbeitszeit von 60 Stunden pro Woche. Ein eklatanter Verstoss gegen den Landesmantelvertrag, der einen Mindestlohn von rund 4'500 CHF bei einer 42-Stunden-Woche vorsieht. Der Fall wurde publik, nachdem die Gewerkschaft Unia von Bauarbeitern informiert worden war.

Perfide Methoden

Nur wenn Arbeiter*innen untereinander und mit Gewerkschaftsvertreter*innen über Lohn und Arbeitszeit sprechen, können Missstände aufgedeckt und bekämpft werden. Im Fall ZARA hatte die Gewerkschaft von Betroffenen gefälschte Arbeitsrapporte erhalten, die belegten, unter welchen widrigen Bedingungen sie von diversen Subunternehmen der spanischen Goa Invest S.A. – die wie ZARA zum Inditex-Konzern gehört – beschäftigt wurden. Der Bauarbeiter Juan Carlos Carabal Santiago berichtete später, er habe unterschreiben müssen, «dass ich gleich viel verdiene wie ein Schweizer – und auch, dass ich weniger Stunden arbeite als in der Realität». Ausserdem sei ihm bereits in Spanien empfohlen worden, bei Nachfragen von Kontrolleuren und Gewerkschaften falsche Angaben zu machen.

Die Aussage von Carabal Santiago macht deutlich,

mit welchen perfiden Methoden Lohndumping betrieben und vertuscht wird. Um Personalkosten tief zu halten, rekrutieren Unternehmen vornehmlich Arbeitskräfte aus Ländern, in denen grosse Arbeitslosigkeit herrscht. Die Konzerne schlagen aus der Not der Menschen Profit. Im Fall ZARA machten die Arbeiter dem Gewerbe allerdings einen Strich durch die Rechnung: Sie traten in den Ausstand und bauten Druck auf. Bis sich das Bauunternehmen Goa Invest S.A. nach zweiwöchigem Baustopp schliesslich verpflichtete, die fälligen Lohnnachzahlungen – bis zu mehreren tausend Franken pro Person – zu leisten.

Erfolgreicher Arbeitskampf

Die Arbeiterschaft hat das Kräftemessen gewonnen. Der ZARA-Streik ist ein Beispiel für den erfolgreichen Arbeitskampf. Aber auch Beleg dafür, dass Arbeiter*innen und Gewerkschaft im Kampf gegen Lohndumping auf sich alleine gestellt sind. «Wenn wir zehnmal mehr Personal hätten, würden wir zehnmal mehr solche Fälle finden», sagte Unia-Sprecher Lorenz Keller im Nachgang zum Fall ZARA. Deshalb fordert die Unia nun mit einer kantonalen Volksinitiative, dass die Behörden bei dringendem Verdacht eine Baustelle stilllegen können. Heute werden Dumping-Fälle lediglich mit Geldstrafen von maximal 5'000 CHF geahndet. Wenn überhaupt. Das wirkt auf einen 16.7-Milliarden-Umsatz-Konzern wie Inditex nicht sonderlich abschreckend. Gegen Lohndumping wirkt nur ein Mittel: Der Streik – wie bei ZARA.

Patricia, Bern

Hinein in die Gewerkschaft!

Für alle Arbeitenden, aber auch für Arbeitslose und Menschen ohne Arbeitserlaubnis, ist es äusserst wichtig, sich zu organisieren. Denn die Chefinnen und Bosse sind stets darauf aus, die Personalkosten möglichst tief zu halten. Stellen werden eingespart, Löhne und Sozialleistungen gedrückt, das Arbeitsrecht aufgeweicht – in Kleinunternehmen genauso wie in Grosskonzernen. Meist geschieht das legal über die bürgerlichen Parteien, Unternehmensverbände, Lobbying. Wenn es ihnen passt, übergehen sie auch einfach das Gesetz. Mit der Gewerkschaft kann dagegen gekämpft werden.

Also: Werde aktiv, sprich mit deinen Kolleg*innen im Betrieb, organisiert euch und holt euch Unterstützung bei der Unia (www.unia.ch) oder einer anderen Gewerkschaft (www.sgb.ch).



Das ZARA-Gebäude steht jetzt. Ein nobler Laden, wie es sie viele gibt an der Bahnhofstrasse in Zürich. Aber der Streik zeigte einmal mehr, dass ohne die Arbeitenden nichts läuft und nichts zustande kommen kann. Foto: Harald, 2014.



«Privatisierung des ganzen Dienstleistungssektors? Stopp TiSA-Abkommen!» Die Kommunistische Jugend Zürich führte eine kleine Aktion durch, um auf den geplanten hinterhältigen Anschlag auf das Sozialwesen aufmerksam zu machen. Foto: Harald, 2014.

Wer regiert die Welt?

Seit Mitte 2013 laufen hinter verschlossenen Türen Verhandlungen, die ein konkretes Ziel haben: Die Wirtschafts-NATO soll entstehen. Ein Monster, das die ganze Welt regieren und beeinflussen soll. Kräftig vorangetrieben wird das Vorhaben von den Banken und Grosskonzernen, um sämtliche Bereiche der Wirtschaft rund um den Globus zu liberalisieren und privatisieren. Doch der Widerstand formiert sich – auch in der Schweiz!

Wer regiert die Welt? Die Antwort ist einfacher, als sie auf den ersten Augenblick erscheinen mag. Karl Marx schrieb vor über hundert Jahren: «Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnten Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muss sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen. Die Bourgeoisie hat durch ihre Ausnutzung des Weltmarkts die Produktion und Konsumption aller Länder kosmopolitisch gestaltet». Ein Ausdruck dieser kosmopolitischen Gestaltung, heute Globalisierung genannt, ist das «Transatlantic Trade and Investment Partnership» (TTIP). Dieses transatlantische Handels- und Investitionsabkommen soll die Privilegien von Konzernen und Investor*innen absichern und sogar noch ausweiten. Die Verhandlungen begannen im Juli 2013 in Washington mit der erklärten Absicht, in zwei Jahren ein Abkommen zu unterzeichnen, das eine transatlantische Freihandelszone besiegelt, eine Art Wirtschafts-NATO. Eine neue Weltmacht, die von Lori Wallach, der Chefin der grössten Verbraucherschutzorganisation der Welt «Public Citizen», als «die grosse Unterwerfung unter die Interessen von Grosskonzernen» und als «Staatsstreich in Zeitlupe» bezeichnet wurde.

Geheime Verhandlungen

Es sind die Grosskonzerne und Banken, welche, selbstverständlich in ihren Interessen, die TTIP-Verhandlungen vorantreiben. Dies zeigt sich bei näherer Betrachtung der TTIP-Verhandlungsführer*innen:

Michael Froman – ehemaliger Manager der Citigroup-Bank, heute im Amt des US-Handelsvertreters (USTR).

Daniel Mullaney – Mitarbeiter beim USTR.

Stefan M. Selig – ehemaliger Investmentbanker der Bank of America.

Islam Siddiqui – Lobbyist für CropLife, dem Verband der Saatgutkonzerne.

Melissa Agustin – Lobbyistin für Monsanto, Chemie- und Agrarkonzern.

Sean Darragh – Mitarbeiter bei GMA, dem Verband der Lebensmittelproduzenten.

Braucht es weitere Beispiele um zu verstehen, welche Interessen da im Vordergrund stehen?

Die Verhandlungen finden hinter verschlossenen Türen statt. Kein einziges Parlament dieser Welt hat je etwas Offizielles über den Inhalt zu sehen bekommen. Zugang zu den Dokumenten und ganz direkt zu den Entscheidungsträger*innen haben nur 600 offizielle Berater*innen der Grosskonzerne, in dessen Auftrag die Verträge ausgehandelt werden. Warum die Öffentlichkeit wie das Weihwasser vom Teufel gemieden wird, erklärte in einem Anfall von Ehrlichkeit der im Juni 2013 zurückgetretene US-Handelsminister Ron Kirk: «In einem früheren Fall ist der Entwurf für ein umfassendes Handelsabkommen publiziert worden, und deshalb sei es am Ende gescheitert.» Kirk bezog sich auf den ersten Anlauf zum Nordamerikanischen Freihandelsabkommen Nafta, dessen Text 2001 auf die Website der Regierung gestellt worden war und daraufhin eine Welle an Protesten und Widerstand auslöste.

Bei jeder Schweinerei ist die Schweiz mit dabei

Und die Schweiz? Sie ist an vorderster Front mit dabei – wie könnte es anders sein! Bestes Beispiel dafür sind die Verhandlungen – selbstverständlich auch diese unter dem Siegel «Top Secret» – für das TiSA. Diese Abkürzung steht für «Trade in Services Agreement» und ist nichts anderes als ein Abkommen über die Privatisierung des Dienstleistungssektors, an dem rund fünfzig Länder unter der Führung der USA und der EU beteiligt sind. Ziel ist die völlige Liberalisierung in möglichst vielen Bereichen wie Bildung, Wasser, Energiebereitstellung, Finanzdienstleistungen, Bau und Einzelhandel. Wie von Public Services International, einem Gewerkschaftsdachverband in mehr als 140 Ländern, zu erfahren ist, könnten «90 Prozent aller existierenden Dienstleistungen in das Abkommen aufgenommen werden». Das würde bedeuten, dass sämtliche Wirtschaftsaspekte einer Gesellschaft dereguliert und für den internationalen Wettbewerb geöffnet

würden. Besonders im Fokus stehen jedoch die Bereiche Bildung und Gesundheit. In der Schweiz sind in den beiden Sektoren um die 500'000 Arbeitsplätze betroffen.

Wir haben die Wahl

Doch – und das ist die gute Nachricht – formiert sich weltweit Widerstand gegen die neue Weltmacht Wirtschafts-NATO. In Vertretung von hunderten Millionen von Mitgliedern haben rund 350 internationale zivilgesellschaftliche Organisationen in einem offenen Brief die Länder, die über das TiSA verhandeln, zur Aufgabe ihres Vorhabens aufgefordert. Im Schreiben wird festgehalten, dass die Verhandlungen einer weitgehend kommerziellen Agenda folgen,

um «Konzernen grössere Profite zu Lasten von Arbeitnehmern, Bauern, Verbrauchern, Umwelt und vielen anderen zu beschaffen». Europaweit wurde eine Kampagne lanciert, die bis zu den europäischen Parlamentswahlen vom 25. Mai dauern wird. Und in der Schweiz hat sich Mitte März das Komitee «Stop TiSA» gegründet. Als erste Aktion wurde eine Petition lanciert. Ziel ist ein möglichst breiter Widerstand gegen das TiSA und somit auch das Aufzeigen der Gefahren, die sich hinter TiSA und all den anderen geplanten Abkommen verbergen. Wir haben die Wahl: Gemeinsamer Widerstand zu leisten oder beherrscht zu werden von einem Wirtschafts-NATO-Monster.

Siro, Partei der Arbeit Zürich

Petition gegen das Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen (TiSA), für die Wahrung der demokratischen Rechte

Seit Februar 2012 beteiligt sich die Schweiz aktiv an den Verhandlungen über ein plurilaterales «Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen», besser bekannt unter seiner englischen Abkürzung TiSA (Trade in Services Agreement); mit TiSA sollen sämtliche Dienstleistungen für die Konkurrenz geöffnet werden.

Wie andere Verträge zum «Freihandel» und der «Markttöffnung für uneingeschränkten Wettbewerb», so stützt sich auch dieser Vertrag auf Zwangsmassnahmen, die die Autonomie und die Kontrollmöglichkeiten für die Staaten – und noch viel wichtiger: für die Bevölkerung – stark einschränken. Diese Abkommen beinhalten insbesondere die Einrichtung von speziellen Gerichten, die ausserhalb des Rechts der Unterzeichnerstaaten operieren.

Indem TiSA vom Grundsatz der Öffnung aller Dienstleistungen für den Wettbewerb ausgeht, zwingt man dem Staat eine «Verpflichtung zur wirtschaftlichen Neutralität» gegenüber öffentlichen und anderen Anbietern auf, mögen letztere in den entsprechenden Sektoren nun «privatwirtschaftlich oder ehrenamtlich» funktionieren. Durch seine Ratifizierung werden die Fundamente unsere Gesellschaften gefährdet, sei dies mit einer Einschränkung des Zugangs zu der Grundversorgung oder der Abschaffung der demokratischen Kontrolle in wichtigen Bereichen.

- Wir wollen den Service public bewahren und weiterentwickeln.
- Wir sind beunruhigt über den versuchten Zugriff von Privatinteressen auf die grundlegenden Bedürfnisse der Bevölkerung, die durch öffentliche Dienstleistungen abgedeckt werden sollten.
- Wir lassen uns die Mittel öffentlicher Kontrolle nicht wegnehmen.

Deshalb verlangen wir vom Bundesrat:

- Die Öffentlichkeit und das Parlament vollständig und erschöpfend über die Ziele und den Inhalt von TiSA zu informieren.
- Die erforderlichen Massnahmen für einen unverzüglichen Rückzug der Schweiz aus diesen Verhandlungen zu ergreifen.

Unterschreibe die Petition online unter:
www.stop-tisa.ch



Pro-russische Proteste in Donezk. Foto: Andrew Burke, 06.04.2014.

Machtkampf um die Ukraine

Der Konflikt in der Ukraine ist ein Kampf der westlichen Mächte gegen die Vorherrschaft der regionalen Grossmacht Russland. Bisher waren die Interessen der russischen Wirtschaft bestimmend für die Ukraine. Der vergangene Staatsstreich hatte das Ziel, dies zu ändern. Die EU liess den antirussischen Kräften freie Hand, um ihre eigenen Ziele durchzusetzen: die Annäherung der Ukraine an die EU.

Es tobt ein Kampf zwischen den Truppen der ukrainischen Regierung und Teilen des Landes, die sich gegen den Staatsstreich im Februar stellen.

Das Massaker in der südukrainischen Hafenstadt Odessa hat die Bewohner*innen der Region erschüttert. Faschisten machten Jagd auf Linke und prorussische Bevölkerungssteile. Als sich ein Teil der Gejagten ins Gewerkschaftshaus retten konnte, wurde dieses von den Faschisten in Brand gesetzt. Wer sich durch einen waghalsigen Sprung aus dem danach fast vollständig ausgebrannten Gebäude retten wollte, wurde totgeprügelt. 46 Tote und Hunderte Verletzte waren die Folge dieses Terrors. Die Regierung in Kiew tolerierte dies. Die Opfer werden als Separatist*innen abgetan, die das Land spalten wollen, und damit werden auch gleich allfällige Untersuchungen unter den Tisch gekehrt.

Es folgte ein weiteres Massaker mit bis zu 30 Toten durch ukrainische Nationalist*innen in der Stadt Mariupol im südlichen Donbass. Die Täter gingen nach dem gleichen Muster vor wie in Odessa. Anwohner*innen berichteten, dieser feige Anschlag sei durch die Nationalgarde verübt worden, welche die neue ukrainische Regierung gegründet hatte, um die nichtstaatlichen Kräfte zu entwaffnen. Oder anders

formuliert, sie hat die organisierten Kämpfer*innen des faschistischen Rechten Sektors zu einem offiziellen Teil der Staatsgewalt gemacht.¹

Folgen der Massaker

Der Terror gegen die eigene Bevölkerung blieb nicht unbeantwortet, es gingen mehrere Tausende mit der Parole «Odessa wird nicht verzeihen!» auf die Strasse. Aufgrund der gegenwärtigen gefährlichen Umständen finden sich unter den Demonstrant*innen hauptsächlich junge Erwachsene. Der Konflikt zwischen der prowestlichen Zentralregierung und den östlichen Landesteilen spitzt sich derweil zu. Die südlichen Landesteile Donezk und Luhansk akzeptierten die von der Regierung in Kiew eingesetzten Gouverneure, wie den Oligarchen Serhij Taruta in Donezk, nicht und ihre Regionalregierungen liessen die Bevölkerung über die Eigenständigkeit der Region abstimmen. Mit überwältigendem Erfolg: In Donezk stimmten 89% bei einer Stimmbeteiligung von 75% für die «Volksrepublik Donezk». In Luhansk sprachen sich 96% für die Selbstständigkeit der Region aus, hier waren 81% zur Wahl gegangen.

Der Kampf zwischen den prorussischen Kräften und den pro-EU Truppen der ukrainischen Regierung

¹ Siehe Njet!: *Staatsstreich in Kiew*. April 2014.



Das ausgebrannte Gewerkschaftshaus in Odessa nach dem Massaker. 46 linke und prorussische Aktivist*innen kamen im Feuer um, das von Faschist*innen gelegt worden ist. Foto: Yuriy Kvach, 22.05.2014.

toht. Die Soldaten scheiterten teilweise am Widerstand der Bevölkerung und den Kämpfer*innen im Donbass (östliche Provinz in der Ukraine). Doch ohne eine Eingliederung in die russische Föderation stehen die Überlebenschancen der kleinen «Volksrepubliken» schlecht. Denn auf eine Belagerung ihrer Städte durch die Ukraine sind sie nicht vorbereitet. Nun aber bombardiert die ukrainische Luftwaffe Städte in der Ostukraine, beschiesst sie mit der Artillerie und belagert sie mit Panzern.

Entwicklung zum Imperialismus

Der Kapitalismus befindet sich in seinem imperialistischen Stadium. Riesige, monopolistische Betriebe sind aus der freien Konkurrenz der Kleinbetriebe entstanden. Diese Riesenkonzerne spielen eine immer grösser Rolle in der Wirtschaft, im Gegensatz zu den Kleinbetrieben. Aber sowohl in der freien Konkurrenz (die ihr Ende am Anfang des 20. Jahrhunderts fand) als auch in der Konkurrenz der Monopolbetriebe sind die Unternehmen zu ständigem Wachstum und Profitsteigerung gezwungen. Die Monopole sind deutlich effizienter als die Kleinbetriebe, ihre Produktionskosten sind wesentlich geringer und sie planen ihre Geschäftstätigkeiten aufs Genaueste. Die Imperialist*innen und ihre Lobbyist*innen setzen in den Parlamenten und Regierungen ihre Interessen durch. Genauer gesagt setzen

sie die Interessen der verschiedenen Wirtschaftsgruppen durch, die sie vertreten. Keine der grossen Parteien könnte ohne die gewaltigen Gelder der Grossbetriebe arbeiten, wie sie es heute tun. Das macht sie abhängig, denn diese Finanzoligarchie ist ihre Existenzgrundlage. Die Regierungen könnten sich ohne den Rückhalt bzw. gegen den Widerstand der Besitzer*innen von Grossbetrieben nicht an der Macht halten. Sie würden ausgetauscht.

Beim Kampf zwischen den prowestlichen und prorussischen Kräften handelt es sich um einen Kampf zwischen imperialistischen Mächten. Es geht um Einflussbereiche und Absatzmärkte. Das Ziel der USA und Westeuropas, mit deren Hilfe Präsident Janukowytsch gestürzt wurde, ist, die Ukraine in ihren Einflussbereich, in die EU und die NATO, einzubinden.

Der Reichtum der Ukraine

In der Ukraine prallen nun zwei imperialistische Blöcke zusammen, der russische und der westeuropäische (mit Unterstützung und Einmischung des US-amerikanischen).

Der Osten ist für die Regierung in Kiew extrem wichtig. Im Vergleich zu den westlichen Teilen, sind diese Regionen nämlich wirtschaftlich besonders stark. Alleine die Region Donezk erwirtschaftete 12.4% der gesamten Wirtschaftsleistung (BIP) der

Ukraine. Das ist mehr als die fünf westukrainischen Regionen Lwiw, Transkarpatien, Ivano-Frankiwsk, Wolyn und Ternopil zusammen. Diese haben zusammen 12.1% des BIP.²

Die Ukraine besitzt übrigens auch Rohstoffe: Eisenerz, Kohle, Mangan, Erdgas (Produktion 2012: 18.6 Mrd. Kubikmeter), Öl, Schwefel, Graphit, Titan, Magnesium, Kaolin, Nickel und Quecksilber.

Russische Interessen

Die ukrainische Wirtschaft hat starke Verflechtungen mit der russischen Wirtschaft. 23.8% der Importe kamen 2013 aus Russland, 30.2% der Exporte gingen dahin. Im Vergleich, nur 3.6% der Exporte gingen in die USA.³

Die Ukraine stand unter Janukowytsch, trotz Verbindungen zur EU, unter starkem Einfluss der russischen Wirtschaft. Auch planten Russland, Belarus und Kasachstan, die Ukraine gleichfalls als Teil der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) zu integrieren. Die EAWU ist das russische Gegenstück zur EU und dazu geschaffen, den dortigen Kapitalist*innen den Zugang zu den ausländischen Märkten zu erleichtern und Schutzzölle abzubauen. Das Beispiel der EU zeigt, dass dies in der Praxis solcher Unionen vor allem den grössten und stärksten Unternehmen und Ländern nützt.

Nicht nur die NATO demonstrierte unter anderem in Libyen, im Irak, in Afghanistan oder in der Zentralafrikanischen Republik im letzten Jahrzehnt seine militärische Stärke. Auch Russland zeigte seine Zähne. Beim Einmarsch des NATO-Anwärters Georgien in Südossetien schützten sie die abtrünnige Region, schlugen die Besatzer innert kürzester Zeit zurück und demonstrierten dadurch ihre Kriegsfähigkeiten.

US-amerikanische Interessen

Um die Interessen zu «schützen», sind US-Söldner*innen in der Ukraine im Einsatz. Sie verteidigen die Interessen der Konzerne aus den USA, welche die ukrainische Wirtschaft in die EU bringen wollen, also unter die Vorherrschaft des westlichen Wirtschaftsbundes. Für diesen Kampf um die Einfluss-sphären der Absatzmärkte «spendeten» die USA fünf Milliarden Dollar. Selbstverständlich wurden diese als Spenden für die Demokratisierung der Ukraine betitelt. Sie finanzierten die Proteste auf dem Maidan mit, welche dann durch die Faschisten zum Putsch führten.

Harald, Zürich



Ein Wahlplakat für Petro Poroschenko. Poroschenko wurde im Mai 2014 zum ukrainischen Staatspräsidenten gewählt, wobei im Osten des Landes die Wahlbeteiligung sehr tief ausfiel. Der neugewählte ukrainische Präsident ist siebtreichster Oligarch und seit 2006 Informant der USA, wie Wikileaks aufgedeckt hat.

Foto: Ben Sutherland, Charkiw (Ukraine), 08.06.2014.

² IP-Die Zeitschrift: *Putins ökonomischer Märchenglaube*. 20.03.2014.

³ AHK: *Wirtschaftsdaten kompakt: Ukraine*. www.ahk.de/fileadmin/ahk_ahk/GTal/ukraine.pdf

Soviel kostet Krieg

Das kapitalistische System bringt unweigerlich Krieg hervor. Abermilliarden werden heute für die Rüstung ausgegeben. Es ist deshalb für alle friedliebenden Bewegungen notwendig, die Entwicklungen auf diesem Gebiet im Auge zu behalten.

Vor hundert Jahren lag Deutschland an der Spitze im Wettrüsten der imperialistischen Mächte. Nach Deutschland folgten in den vordersten Rängen Russland, Grossbritannien und Frankreich in dieser Reihenfolge, wobei das Budget Deutschlands um etwas mehr als ein Viertel grösser war als das von Frankreich.¹ Ein furchtbarer Weltkrieg wurde vom Zaun gebrochen, in dem sich Deutschland einen seiner wirtschaftlichen Stärke angemessenen «Platz an der Sonne» erstreiten wollte.

Heute stehen die USA mit gewaltigem Abstand zuvorderst in der globalen Hierarchie.² Auf unvorstellbare 658 Milliarden Dollar belaufen sich die Militärausgaben 2012. Die militärische Hegemonie der USA ist ungebrochen. Das zweitplatzierte China gibt gerade mal einen Viertel von dem für Waffen aus, was sich die US-Amerikaner*innen leisten.

Die uneinholbare Führung der USA hat wahrscheinlich den Konkurrenzkampf unter den imperialistischen Ländern gedämpft. Massgeblicher dürfte aber die sozialistische Alternative der Sowjetunion gewesen sein, die damit für ein halbes Jahrhundert den Ausbruch eines dritten Weltkriegs verhindert hat. Diese Alternative ist weg. Und das heutige China, das nur noch halbherzig den Anschein von Sozialismus gibt, kann sie nicht ersetzen.

Wir befinden uns also wieder in der Ausgangslage wie vor dem Ersten Weltkrieg; der imperialistische Konkurrenzkampf kann von vorn beginnen. Und doch haben sich die Umstände deutlich verändert: In den vom Imperialismus unterworfenen Ländern, den ehemaligen Kolonien hat sich der Kapitalismus zum grössten Teil etabliert. Manche dieser Länder wie China, Indien, Brasilien oder die Türkei konnten sich bereits zu regionalen Mächten aufschwingen und beeinflussen die Weltpolitik tiefgreifend.

Jüngste Tendenzen

Die Entwicklung der Militärausgaben in den letzten Jahren zeichnet folgendes Bild: Die desaströse Wirtschaftskrise von 2008 hatte Folgen auf das Rüstungsetat der westlichen Länder. Die dortige

Sparpolitik bewirkte erstmals seit langem einen Rückgang der Militärausgaben in Nordamerika, Zentral- und Westeuropa. Währenddessen stiegen sie noch immer in Asien, Afrika, Ozeanien und Russland. Auch Südamerika gab mehr Gelder für die Kriegswirtschaft aus, allerdings wird der Anstieg dort mit dem Kampf gegen Drogen und Kriminalität begründet.

In der nebenstehenden Grafik wurden einerseits die Top 15 der grössten militärischen Geldverschwender aufgelistet. Es ist zu sehen, dass die ersten drei Listenplätze von den Grossmächten USA, China und Russland angeführt werden, die man als voneinander unabhängige Pole der Weltpolitik betrachten kann. Darauf folgen in einem Block Grossbritannien bis Deutschland, die wichtigsten Mächte der Ersten Welt mit Ausnahme von Indien. Saudi-Arabien bildet einen Spezialfall. Wie man der unteren Liste entnehmen kann, sind die saudischen Militärausgaben bezogen auf die Bevölkerung enorm hoch, vergleichbar mit denjenigen der USA, Israel und Australien. Dies darf man allerdings nicht falsch interpretieren: Nimmt man noch das ebenfalls hochmilitarisierte Südkorea dazu, handelt es sich bei diesen Staaten um den USA hörige Regimes, die für die Supermacht strategisch besonders wichtig sind. Auf jedem Erdteil steht den USA mindestens ein Staat zur Verfügung, von dem aus die Führung der USA gewahrt werden kann. Das bedeutet nicht, dass diese Länder nicht trotzdem eigenhändig zur Gefahr für den Weltfrieden werden können.

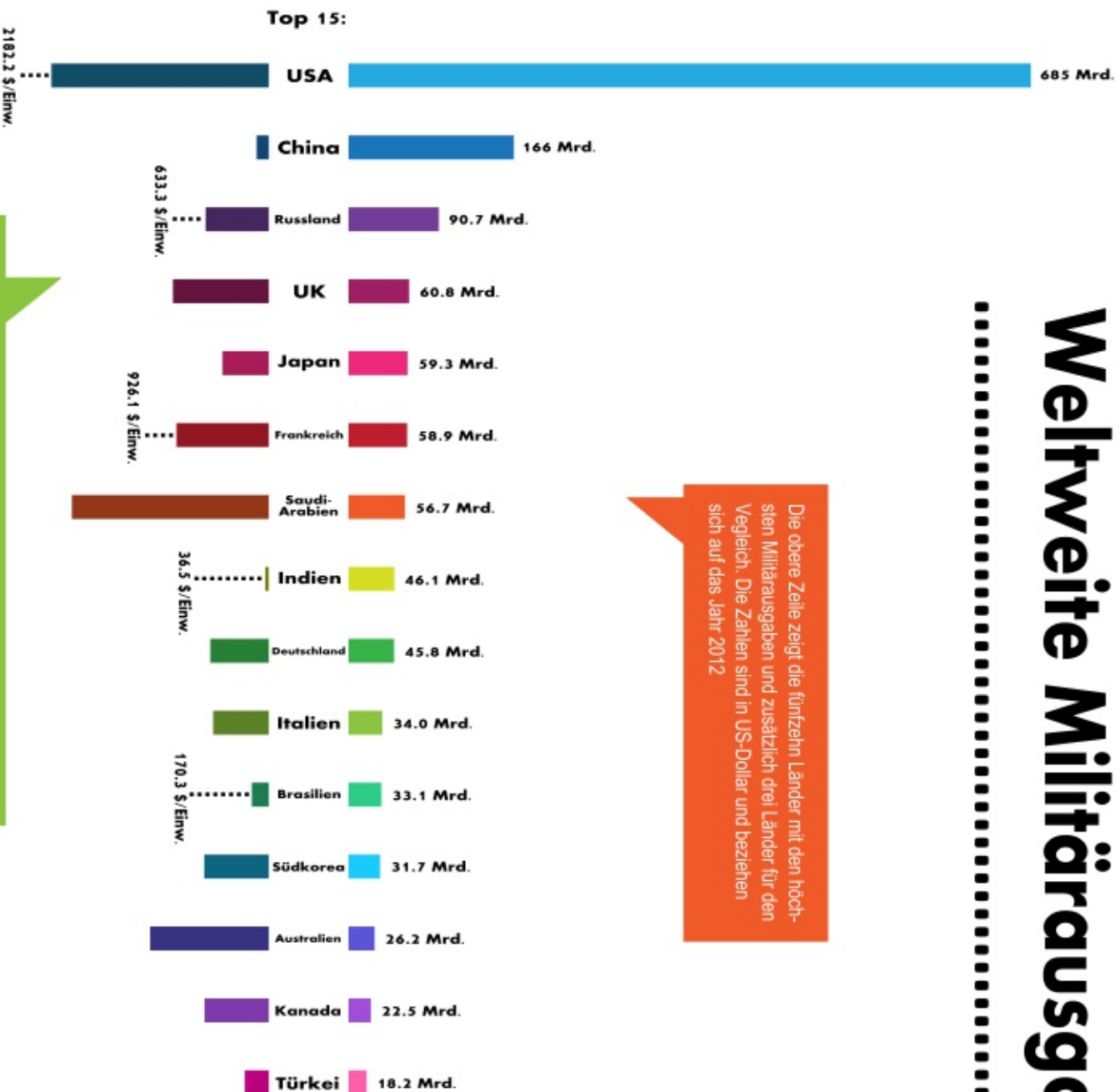
Diese Zahlen haben letztlich nur Sinn, wenn man sie mit den realen Entwicklungen in Beziehung setzt. Frankreichs verstärkte Einmischung in Afrika (Mali, Zentralafrikanische Republik) ist besorgniserregend, ebenso das Zündeln der Saudis in Syrien. Auch Russland darf mit seinen imperialistischen Tendenzen in der Ukraine nicht ausser Acht gelassen werden, allerdings genausowenig die westliche Einmischung in jenem Land und die Hetze gegen Russland.

Text & Grafik: Taki, Zürich

¹ Entnommen aus: *The Literary Digest*, 23.02.1935, S. 42.

² Die folgenden Zahlen und Interpretationen stützen sich auf das *Jahrbuch 2013* des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI). Das *Jahrbuch 2014* wird erst im Juli erscheinen.

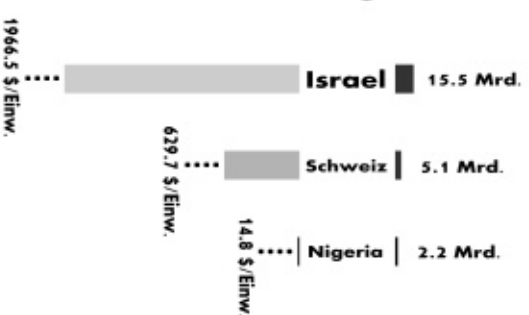
Weltweite Militärausgaben (2012)



Die obere Zeile zeigt die fünfzehn Länder mit den höchsten Militärausgaben und zusätzlich drei Länder für den Vergleich. Die Zahlen sind in US-Dollar und beziehen sich auf das Jahr 2012

Unten wurden die Militärausgaben durch die Einwohnerzahl geteilt, um ein Gefühl für den Militarisierungsgrad des betreffenden Landes zu geben. Bei ausgewählten Ländern sind die Zahlen ausgeschrieben.

Zum Vergleich:



Fun Facts:

- Es gibt ungefähr 100 Millionen unterernährte Kinder auf der Welt.
- Es kostet 20 US-Cent pro Tag, um ein Kind mit allen wichtigen Vitaminen und Nährstoffen zu versorgen.
- Das heisst, es würde 7,3 Milliarden US-Dollar pro Jahr kosten, so dass kein Kind mehr hungern müsste.
- Jährlich werden weltweit 1756 Milliarden US-Dollar für Waffen und Krieg ausgegeben.
- 7,3 Milliarden sind 0,4 % davon. Fuck capitalism.

Quellen:

- SIPRI Yearbook 2013
- de.wikipedia.org/wiki/Liste_unabhängiger_Staaten_nach_Einwohnerzahl
- www.mpf.org

Bonzen im Blutausch

Im August 1914 begann der Erste Weltkrieg. Es war bis dahin der grösste Krieg der Geschichte. 17 Millionen Menschen kamen darin um. Ausgelöst wurde der Krieg durch die Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers. Das Ereignis war Kriegsauslöser, keinesfalls aber der Kriegsgrund. Dieser lag viel mehr im Konkurrenzkampf der imperialistischen Staaten, der sich immer weiter zugespitzt hat, und der bis heute noch nicht abgeklungen ist.

Deutschland trug zwar nicht die Schuld am Ersten Weltkrieg, aber der deutsche Historiker Fritz Fischer formuliert es so: «Da Deutschland den österreichisch-serbischen Krieg gewollt, gewünscht und gedeckt hat, und, im Vertrauen auf die deutsche militärische Überlegenheit, es im Jahre 1914 bewusst auf einen Konflikt mit Russland und Frankreich ankommen liess, trägt die deutsche Reichsführung einen erheblichen Teil der historischen Verantwortung für den Ausbruch des allgemeinen Krieges.»¹

Die deutschen Machthaber verstanden es geschickt, die Umstände so *erscheinen* zu lassen, dass das Deutsche Reich in den Krieg hineingezogen worden wäre. In Wirklichkeit wünschten und kalkultierten sie den Krieg gut ein. So liess der deutsche Botschafter Tschirschky im Namen des Kaisers den Österreicher*innen ausrichten, «dass man in Berlin eine Aktion von ihnen gegen Serbien erwarte und dass in Deutschland nicht verstanden würde, wenn

die gegebene Gelegenheit vorübergehe, ohne einen Schlag zu führen»²

Ist die Sache damit abgehakt? Waren die anderen imperialistischen Mächte unschuldige Opfer?

Dem Krieg ging ein wahnsinniges Wettüsten unter den imperialistischen Mächten voraus. Den Herrschenden aller dieser Länder war bewusst, dass bald ein Krieg kommen musste, die vielen kleinen Konflikte im Vorfeld zeugten davon. Der Grund für Krieg liegt im System. Der Wettbewerb zwischen den imperialistischen Staaten hat gewaltige Spannungen unter den Weltmächten mit sich gebracht, die nach einer militärischen Lösung verlangte.

Von der freien Konkurrenz zum Imperialismus

Ungefähr mit dem Übergang vom 19. ins 20. Jahrhundert wechselte der Kapitalismus in seine aktuelle Phase über. Durch den Konkurrenzkampf der Kleinbetriebe untereinander und die alle paar Jahre wiederkehrenden Krisen nahm er seine jetzige Form an.



Ein Sinnbild für Kolonialismus: Ein weisser «Gentleman» wird von einem schwarzen «Wilden» im traditionellen Kostüm gezogen. Die Postkarte stammt aus Durban in der britischen Kolonie Südafrika. Auf der Rikscha steht «For Europeans only» (Nur für Europäer/Weisse). Foto: simpleinsomnia. Aufnahmedatum unbekannt.

¹ Fritz Fischer: *Griff nach der Weltmacht*. Droste Verlag, Düsseldorf, 1961. S. 97.

² Fritz Fischer: *Jetzt oder nie - Die Julikrise 1914*. Der Spiegel, 21/1964.

Die kleinsten und schwächsten Unternehmen werden im Monopolkapitalismus zerdrückt oder aufgesaugt, womit sich das Kapital in den Händen Weniger konzentriert. Diese Grossbetriebe können weiterbestehen, weil sie durch ihre Effizienz den kleineren überlegen sind. Und wenn die Monopole genügend gross werden, können sie durch ihre Überlegenheit immer grössere Teile der Wirtschaft unter ihrer Kontrolle bringen. Sie sprechen sich ab, bilden Kartelle und legen Preise fest, um ihre Profite zu erhöhen. Auf diese Weise wandelt sich der Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Kapitalismus der Monopole. Doch trotz all ihrer Macht, sind die Monopole selbstverständlich nicht in der Lage, die grundsätzlichen Gesetze des Marktes aufzuheben. Sie stehen immer noch im Kampf *gegeneinander*, im Kampf um grösseren Absatz für ihre eigenen Produkte, im Kampf um ihren Profit. Deshalb müssen notwendigerweise alle ihre Bündnisse wieder auseinanderbrechen, nur schon um eine neue Ordnung herzustellen, die einer veränderten wirtschaftlichen Stärke der Monopole entspricht. Da aber die Verlierer*innen des Konkurrenzkampfs niemals freiwillig nachgeben, lässt sich auf zwischenstaatlicher Ebene dieses Problem häufig nur auf dem militärischen Weg «lösen».

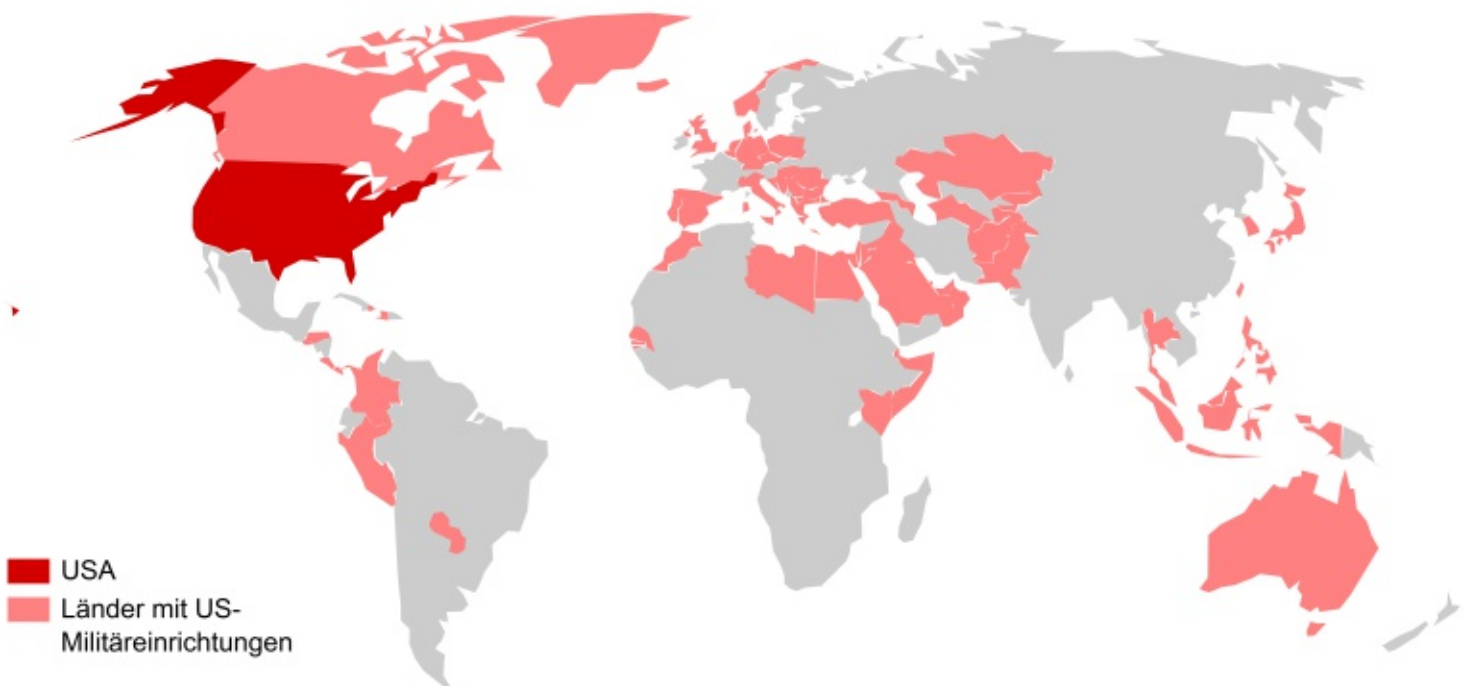
Neuaufteilung der Welt

Das Verhalten der imperialistischen Staaten untereinander wurde noch aggressiver als zuvor in der

Phase der freien Konkurrenz. Sie machten andere Staaten von sich abhängig oder dominierten und unterjochten diese vollständig in Form von Kolonien. Die ganze Welt wurde auf diese Weise unter den führenden Wirtschaftsmächten aufgeteilt. Um neue Absatzmöglichkeiten für ihre Produkte zu finden, mussten zwingend neue Märkte erschlossen werden. Die Aufteilung der Welt stiess aber irgendwann einmal an ihr Ende und für die konkurrierenden Imperialisten waren damit gewisse Märkte verschlossen. Die aufstrebenden Mächte wie Deutschland und später Japan, die nur über wenige Kolonien verfügten, drängten deshalb auf eine Neuaufteilung auf Kosten der imperialistischen Konkurrenz. Man darf aber nicht vergessen, dass auch die Vertreter der absinkenden Wirtschaftsnationen in gleichem Masse bereit waren, am Gemetzel teilzunehmen mit dem Zweck, ihre Vorherrschaft zu erhalten. Auf den Gedanken, ihren Kolonialbesitz preiszugeben, kämen sie nicht mal im Traum.

Die Monopolbetriebe wollen und müssen wie der klassische kapitalistische Betrieb ständig ihren Profit steigern. Dies bewerkstelligen sie nicht nur durch verstärkte Ausbeutung der einheimischen Arbeiterschaft, sondern auch durch das Auspressen der unterdrückten Völker in den Kolonien und heutigen Drittweltländern. Ein Krieg, der eine Neuordnung einleitet, ein Weltkrieg, ist deshalb durchaus immer noch eine Option für die Monopolbourgeoisie.

Harald, Zürich



Imperialismus heute: Die Karte zeigt alle Länder der Erde, die bekanntermassen auf ihrem Boden US-Militäreinrichtungen dulden müssen. Es handelt sich zwar fast nirgends mehr um wirkliche Kolonien der USA (ausser im Fall von Puerto Rico, Guam, Samoa und einigen anderen Inseln), dennoch sind die US-amerikanischen Interessen für viele dieser Länder in der politischen und ökonomischen Sphäre tonangebend.



Arbeiter fabrizieren Drahtverbindungen für die Rüstungsindustrie in Thun.
Foto: Schweizerisches Bundesarchiv, Erster Weltkrieg

Die schweizerische Arbeiterbewegung während des Ersten Weltkriegs

Der Bundesrat trieb im Ersten Weltkrieg eine Politik zugunsten der Bourgeoisie und förderte aktiv die Verschlechterung der Rechts- und Lebenslage der Arbeiterschaft. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) fügte sich diesem Vorgang. Doch aus dem radikalen Teil der Arbeiterbewegung formierte sich Widerstand.

Vor einem Jahrhundert, am 28. Juni, wurde der österreichische Thronfolger in Sarajevo in Serbien ermordet, der Erste Weltkrieg brach aus. Ungefähr 17 Millionen Menschen fanden den Tod in diesem Konflikt zwischen den imperialistischen Mächten, während weitere acht Millionen zu Invaliden wurden. Die Schweiz, auf politischer Ebene neutral, war nicht weniger stark davon betroffen, vor allem im ökonomischen und sozialen Bereich. Der Grosse Krieg verschärfte die Widersprüche und Ungleichheiten des Kapitalismus und verstärkte zur gleichen Zeit die Spannungen innerhalb der sozialistischen Bewegung, in der Schweiz wie international. Er trieb einen tiefen Keil zwischen die sozialdemokratische und kommunistische Strömung.

Differenzen innerhalb der internationalen sozialistischen Bewegung

Man kann sich nicht mit der schweizerischen Arbeiterbewegung im Ersten Weltkrieg beschäftigen, ohne kurz auf die Debatten zu sprechen zu kommen, welche die internationale Arbeiterbewegung damals umtrieben. Schon lange vor 1914 wurden verschiedene Fragen zum Gegenstand heftiger Kontroversen innerhalb der Führung der Sozialdemokratie: Reform oder Revolution? Selbstständigkeit oder Unterwerfung der Gewerkschaften unter die Partei?

Welche Haltung sollte zum Kolonialismus eingenommen werden? Und das Hauptproblem: Was ist angesichts des drohenden allgemeinen Krieges zu tun?¹ Die Antwort auf die letzte Frage war höchst umstritten. 1912 versammelten sich die Sozialist*innen zu einem ausserordentlichen Kongress der Internationalen in Basel und äusserten ihren Willen, einen Krieg mit allen möglichen Mitteln zu verhindern. Trotzdem zerfiel die Internationale beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Parlamentarier stimmte für die Kriegskredite und schwenkte damit auf die chauvinistische Politik des «Burgfriedens» – auf Französisch «Union sacrée» – ein. Dieser Verrat kennzeichnete den Beginn einer Bewegung, die zur Spaltung der meisten sozialdemokratischen Parteien führte und zur Entstehung einer neuen internationalen Organisation: Die Kommunistische Internationale.

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz und der Burgfrieden

Auch in der Schweiz wandten die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei in der Bundesversammlung die Politik des Burgfriedens an, namentlich am 3. August 1914, als sie dafür stimmten, dem Bundesrat unumschränkte Vollmachten zu erteilen, zwei Tage

¹ André Rauber: *Histoire du mouvement communiste suisse*, Band 1. Editions Slaktine. Genf, 1997.

Mit dem eingetragenen Marken- und Kennzeichen des Kapitalisten, dem Zylinder, posieren die Herren Bundesräte des Ersten Weltkriegs anlässlich einer Militärparade in Bern. Von links nach rechts: G. Motta (CVP), G. Ador (Liberal), A. Hoffmann (FDP), C. Decoppet (FDP), L. Forrer (FDP), F. Calonder (FDP). Der Bundesrat, damals vollständig und ausschliesslich in bürgerlicher Hand, machte genauso ausnahmslos bürgerliche Politik. Foto: www.commonswiki.org



nachdem zum Generalstreik aufgerufen wurde. Betrachten wir zuerst einmal, auf welche Weise der Bundesrat seine Vollmachten genutzt hat, damit wir uns danach auf die Konsequenzen konzentrieren können, die sie auf die schweizerische Arbeiterbewegung hatten.

Es besteht heute allgemeines Einvernehmen unter den Geschichtswissenschaftler*innen, dass die Schweizer Obrigkeit auf gesellschaftlicher Ebene nicht auf den Krieg vorbereitet gewesen ist, und dass sie nicht ausreichend Massnahmen getroffen hat zur Versorgung in Kriegszeiten. Man muss aber noch weiter gehen und betonen, dass die Entscheidungen des Bundesrats während des Krieges eine markante Verschärfung der Ungleichheiten zwischen

der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse hervorgerufen haben. Erstere konnte in den meisten Unternehmen die Profite steigen sehen, während Letztere immer weiter verarmte², unter anderem durch den Anstieg der Arbeitslosigkeit und Lohnausfälle ohne Entschädigung.³ Der Bundesrat nahm einerseits keine ernsthafte Massnahmen, um die Bevölkerung zu unterstützen (wie eine Brotrationierung, die erst 1917 verordnet wurde), andererseits benutzte er seine Macht dazu, «gewisse Vorschriften im Fabrikgesetz aufzuheben, was dazu führte, dass die Arbeitszeiten verlängert wurden ohne Ausgleich im Lohn, dieser sogar tiefer wurde, dass Nacht- und Sonntagsarbeit eingeführt wurden und ganz junge Arbeiter eingestellt werden konnten»⁴.

2 B. Degen: «Grève générale». Dictionnaire Historique de la Suisse (DHS). www.hls-dhs-dss.ch

3 H.-R. Fuhrer: «Première Guerre mondiale». Kapitel 1.4: Les conditions de vie des soldats. DHS.

4 Zitiert nach *Histoire du mouvement communiste suisse*, S. 35.

Diese Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für die überwältigende Mehrheit der Arbeiterschaft zusammen mit der Missachtung der Forderungen ihrer Vertreter durch den Bundesrat, erzeugte eine Radikalisierung der Arbeiterbewegung (besonders in der Deutschschweiz), die im November 1918 in einem nationalen Generalstreik gipfelte.

Die Wende

Wie stand die SPS dieser Radikalisierung gegenüber? Als die II. Internationale zusammenbrach, organisierte der Anführer der Schweizer Sozialdemokratie Robert Grimm eine Konferenz in Zimmerwald im Kanton Bern, an der bekannte sozialistische Kriegsgegner*innen (Fritz Platten, Charles Naine, Lenin, Sinowjew, Trotzki etc.) teilnahmen.⁵ Aus dieser Konferenz entsprang die Bewegung der Zimmerwalder Linken, welche zum Kampf gegen den Burgfrieden aufrief und die am

Ende von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz unterstützt wurde. 1917 sprach sich die SPS auf ihrem Parteitag gegen die Landesverteidigung aus.⁶

Diese Kehrtwende der Sozialdemokratie, die begleitet wurde vom Eintritt junger Führungskräfte wie Willi Münzenberg in die Parteileitung, war von der schweizerischen Bourgeoisie selbstverständlich nicht gern gesehen. 1917 wurden antimilitaristische Demonstrationen in Zürich gewaltsam unterdrückt. Unter den Demonstrant*innen fanden sich junge Mitglieder der Gruppe «Forderung», die später die Kommunistische Partei der Schweiz gründeten zusammen mit Sozialist*innen, die 1921 die SPS verliessen, weil sich diese nicht der neuen Kommunistischen Internationalen anschliessen wollte.

Amanda, Neuchâtel



«Das neue Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer.» Die Karrikatur zeigt unverblümt, wie die Kapitalisten (mit Zylinder) ihr Geld machen: Sie pressen ihren Mehrwert aus den Arbeiter*innen raus. Müsst sie ihn tasächlich und wörtlich aus den Arbeiter*innen herauswringen, würden sie dazu selbstverständlich weitere Arbeiter*innen einstellen und nicht selbst Hand anlegen. Grafik: Das Neue Postillon, Zürich, 1896.

⁵ B. Degen: «Mouvement de Zimmerwald». DHS.

⁶ B. Degen: «Parti socialiste». DHS.



Demo des kommunistischen Jugendverbands in Berlin 1925. Foto: Deutsches Bundesarchiv

Es war einmal die Jugend

Die proletarischen Jugendorganisationen spielten eine bedeutende Rolle im Widerstand gegen den Militarismus und schliesslich gegen den Ersten Weltkrieg. Die gesellschaftliche Situation, worin sie ihre Ursprünge nahmen und ihre Entwicklung bis zum Ende des Krieges in Deutschland und der Schweiz sollen hier beleuchtet werden.

«Die fünf anderen Schüsse hatten die Brulé und den Aufseher Richomme niedergestreckt. Als er die Kameraden beschwor, im Rücken getroffen, war er auf die Knie gesunken, dann auf die Seite gefallen; jetzt röchelte er am Boden, die Augen noch voll Tränen, die er geweint. Die Alte war – in den Hals getroffen – steif und krachend niedergefallen wie ein Stück trockenes Holz, einen letzten Fluch in einem Blutstrom ausspeidend.

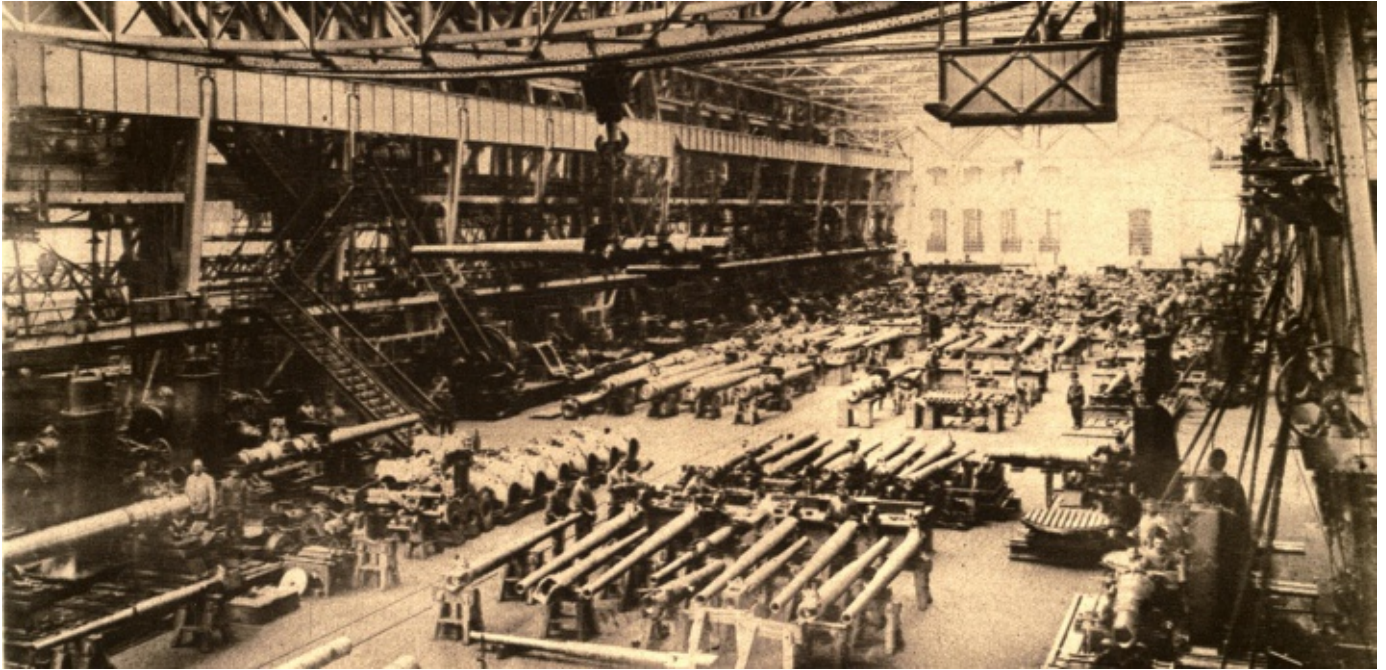
*Dann war die Salve gekommen und hatte den Platz reingefegt, auf hundert Schritte Entfernung die Gruppe von Neugierigen niedergemäht, die sich an dem Kampfe ergötzt hatten. Eine Kugel fuhr Mouquet in den Mund; er stürzte nieder zu den Füßen Zacharias' und Philomenes, die Kinder derselben mit seinem Blute bespritzend. In demselben Augenblicke wurde die Mouquette von zwei Kugeln im Bauch getroffen. Sie hatte die Soldaten anlegen sehen und sich in ihrer Gutmütigkeit mit einer instinktiven Bewegung vor Katharina geworfen; sie hatte einen lauten Schrei ausgestossen und war rücklings niedergefallen.» (Aus: *Germinal* von Émile Zola)¹*

Während den Hungerrevolten in Belgien ab den 1860er Jahren waren Soldaten gegen die streikenden Arbeiter*innen eingesetzt worden, Arbeiter schossen auf Arbeiter. Die sozialistische Bewegung begriff, dass sie dem Töten nur Einhalt gebieten konnte, wenn sie auf die Soldaten einwirken konnte und dass die Armee nicht weiter bestehen könne, wenn den Soldaten bewusst wäre, dass sie als Mittel zur Aufrechterhaltung der Herrschaft der Bourgeoisie benutzt werden. Die jungen Arbeiter sollten, noch bevor sie für die Armee rekrutiert wurden, dar-

über aufgeklärt werden, dass sie als Soldaten für die Interessen der Herrschenden kämpfen würden. Die allerersten Vereine von jungen Arbeiter*innen entstanden dort. Und ihr Erfolg war beachtlich: Nach 1902 ist in Belgien kein Einsatz von Soldaten gegen aufständische Arbeiter*innen getätigt worden. Als Reaktion auf den Verlust ihres Herrschaftsinstruments richteten die Kapitalist*innen allerdings spezielle Bürgerwehren ein und verstärkten die Gendarmerie. Auch in der Schweiz hatte die Arbeiterjugendbewegung ihre Ursprünge in «Rekruten-Vereinen», welche die jungen Männer davon abhalten sollten, auf ihre Klassengenoss*innen zu schiessen.

Im Gegensatz dazu sahen die Jugendorganisationen in Österreich und etwas später in Deutschland ihre Hauptaufgabe in der allgemeinen Bildung und im wirtschaftlichen Schutz der Jugendlichen. Mit politischen Fragen haben sie sich ausdrücklich nicht beschäftigt. Jene Arbeiterjugendorganisationen sind trotz der starken sozialistischen Bewegung erstaunlich spät entstanden, in Österreich 1903 und in Deutschland 1904. Der Grund dafür kann einerseits in der Rechtslage gefunden werden. In Preussen durften Frauen, Schüler und Lehrlinge sich nicht in politischen Vereinen betätigen, sie nicht einmal besuchen. Dies hätte aber nur die Taktik, nicht die Grundsätze bestimmen dürfen. Die andere Ursache ergab sich aus der Stellung der Jugend innerhalb der Gesellschaft. Sogar von Seiten der älteren Sozialdemokrat*innen und Gewerkschaftler*innen in Deutschland musste die Jugend eine tiefe Geringschätzung erfahren: Die Jungen sollten erst etwas lernen, bevor sie sich mit Politik beschäftigten.

¹ Der Roman erzählt von streikenden Bergwerker*innen, die schliesslich mit Soldaten bekämpft werden.



Einblick in eine Waffenfabrik des deutschen Monopolunternehmens Krupp 1915. Der Konzern hatte in beiden Weltkriegen die Finger im Spiel. Erst in den Nürnberger Prozessen nach dem Untergang der Nazidiktatur wurden die Eigentümer für ihre Verbrechen belangt, doch nur in der sowjetischen Besatzungszone hatte das Urteil Folgen. Der Westen liess Herrn Krupp laufen und sein Vermögen unangetastet. Heute existiert das Unternehmen fort im Supermonopol ThyssenKrupp. Foto: www.commonswikimedia.org

Das Dumme war nur, dass sich die imperialistische Politik schon länger intensiv mit der Jugend beschäftigte.

Monopole und Krieg

Das ehemals rückständige, agrarische Deutschland war bis am Anfang des 20. Jahrhunderts an die zweite Stelle der europäischen Industrienationen aufgerückt. Durch die Einführung von leicht zu bedienenden Maschinen im Zuge der Industrialisierung waren Jugendliche fester Bestandteil des Proletariats geworden: Dreissig Prozent aller Arbeiter*innen um die Jahrhundertwende waren weniger als zwanzig Jahre alt.²

Im kapitalistischen System war währenddessen die freie Konkurrenz den grossen Monopolunternehmen gewichen, und zwar wegen der inneren Gesetzmässigkeit der freien Konkurrenz. Der ganze Sinn des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist ein immer höherer Profit. Die Unternehmen sind dadurch zu ständigem Wachstum gezwungen. In der Konkurrenz haben die grossen Unternehmen Vorteile gegenüber den kleinen. Je grösser sie sind, desto krisenresistenter sind sie und desto kleiner sind in der Regel die Produktionskosten. Die Marktanteile und die Betriebe der Verlierer*innen in der Konkurrenz können dann von den Gewinner*innen übernommen werden. Es entstehen Monopole, welche die Konkurrenz einschränken. Wenn für ein Produkt nur noch eine Anbieterin zu Auswahl steht, ist das heilige ausgleichende Gesetz von Angebot und Nachfrage ausser Kraft gesetzt.

Die entstandenen Mammutkonzerne mit Einfluss über mehrere Industriezweige dürfen bei ihrem ewigen Streben nach Profit nie den Überblick verlieren. In den Unternehmen muss dazu – welch' Ironie – die strengste Planwirtschaft angewandt werden. Die Produktionskette muss und kann jetzt gesichert werden, vom Absatz der Produkte durch Konsumentenwerbung bis zur Sicherung der Rohstoffquellen. Die Verfügbarkeit von Rohstoffen wurde zu dieser Zeit mithilfe von direkten Kolonien garantiert, Länder, die in allen Aspekten (politisch, wirtschaftlich, militärisch etc.) von einzelnen imperialistischen Mächten abhängig waren. Die Ausbeutung und die Märkte der Kolonien selber ergaben neue, gigantische Profite zum Nutzen der Monopole. Das Ziel jedes imperialistischen Staates lag in der Besitzergreifung von möglichst vielen Kolonien. Ein Kampf um Kolonien begann, der zunehmend mit kriegesischen Mitteln ausgefochten wurde.

Deutschland düstete es als starke Industrienation derweil nach Rohstoffen. Zu seinem Unglück war die Welt aber zu dieser Zeit bereits unter den restlichen imperialistischen Mächten aufgeteilt; es waren kaum Kolonien mehr zu holen. Es drängte also besonders nachdrücklich auf eine Neuverteilung der Kolonien. Kriege waren damals aber für alle Imperialist*innen eine attraktive Option. Sowohl Deutschland wie der restliche imperialistische Block rüsteten auf und bereiteten ihre Bevölkerung auf Krieg vor.

Die militaristische Volksschule

Die herrschenden Kreise brauchten für den geplan-

² Karl-Heinz Jahnke (Hrsg.): *Abriss der Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung. Teil 1.* Verlag Junge Welt. Berlin, 1966. S. 20

ten Aggressionskrieg nach aussen ein stabiles Hinterland, oppositionelle Stimmen im Innern mussten erstickt, gleichzeitig Kriegsbegeisterung entfacht werden. Die Militarisierung Deutschlands wurde unter anderem durch eine imperialistische Jugenderziehung vorangetrieben. Die Erwachsenen wurden durch Propagandaorganisationen (Alldeutscher Verband, Deutsche Kolonialgesellschaft, Flottenverein etc.) beeinflusst, die Jugend *durch das ganze Schulwesen*. Während die reichen Söhne und Töchter in besonderen höheren Lehranstalten ihre Bildung geniessen konnten, langweilten sich die proletarischen Kinder – zusätzlich zur Arbeit in der Fabrik oder auf dem Feld – in der Volksschule. Zentrales Unterrichtsfach war der Religionsunterricht: 150 Bibelsprüche, 168 Gesangsbuchstrophen, 140 biblische Geschichten und 35 Chormelodien «durften» die Schüler*innen beispielsweise in Sachsen auswendig lernen.³ Daneben wurde systematisch der Krieg, das Heer und der Kaiser verherrlicht. Und zugleich auch ein rassistischer, übersteigerter Nationalismus herangezogen, wie folgender Auszug aus einem Lehrbuch für Geschichte und Erdkunde nahe legt: «Kein Fleckchen in Europa, das nicht mit deutschem Edelblute gedüngt, kein Fremdvolk, in dessen edelsten Geschlechtern nicht deutsches Blut die Adern schwellt; kein Fürstenstuhl, auf dem nicht ein Abkömmling dieses Edelvolkes sitzt.»⁴ Das unentbehrliche Werkzeug jedes Volksschullehrers war der Rohrstock. Noch aus dem Jahr 1924 konnte Erich Wiesner, damals Organisator der vereinigten Kindergruppe Jung-Spartakus-Bund, berichten: «In einer Berliner Schule wurde ein Kind vom Lehrer so misshandelt, dass es an den Folgen verstarb. Darauf fanden auf unsere Initiative hin an

vielen Orten Protestkundgebungen der Kinder und Eltern statt. Ferner gaben wir ein Flugblatt in grosser Auflage heraus, das in allen Schulen an die Kinder verteilt wurde. Es enthielt die Karikatur eines Prügellehrers und war mit der Überschrift versehen: „Zerbrecht den Rohrstock!“ Die bürgerlichen und sozialdemokratischen (!) Zeitungen regten sich über dieses Flugblatt nicht wenig auf. [...] In Guben las in der Klassenpause ein Pionier allen Schülern das Flugblatt vor, und danach wurde unter Beifall der Prügelstock zerbrochen auf den Tisch gelegt. [...] In unserer Kinderzeitung wurde an die Leser die Frage gestellt, ob die im Flugblatt erhobenen Anschuldigungen gegen die Prügellehrer den Tatsachen entsprachen oder nicht. Die Antwort der Kinder war, dass über tausend beglaubigte Zuschriften aus allen Teilen Deutschlands über Misshandlungen in Schulen bei der Redaktion einliefen. Diese Briefe füllten einen grossen Wäschekorb und bildeten eine einzige grosse Anklage gegen das Schulsystem.»⁵

Neben der Schule wurden die Jugendlichen in Fussballklubs, Knabenwehren, Turnvereinen, Pfadfindergruppen, katholischen und evangelischen Jünglings- und Jungfrauenvereinigungen militarisiert und auf den Armeedienst vorbereitet.

In dieser Zeit, wo der Imperialismus zum ersten Mal mit voller Wucht auf den Plan trat, hätte keinerlei Vernachlässigung der Jugend zugelassen werden dürfen. Und doch wurde eine ganze Schicht proletarischer Jugendlicher dem Nationalismus und Rassismus fast kampfflos ausgeliefert. Weshalb?

Sozialdemokratische Reformen

Mit den hohen Extraprofiten, die aus den Kolonien gepresst wurden, konnte ein Teil der Arbeiterklasse, die sogenannte Arbeiteraristokratie, von den Kapitalist*innen bestochen werden. Diese Bestechung darf man sich aber auf keinen Fall als individuelle Geldüberweisungen oder dergleichen vorstellen. Das Erkaufen des sozialen Friedens erfolgte durch einen



Karikatur vom Flugblatt, das Wiesner beschreibt. Es war aber wohl eher der Text daneben, welcher die Gemüter der Bürgerlichen und Sozialdemokrat*innen in der Zwischenkriegszeit erregte. Hier ein Auszug:

«Arbeiterkinder! Weshalb duldet Ihr es, dass Ihr in der Schule von den Lehrern geprügelt werdet? Seid Ihr Sklaven, und ist der Lehrer der Aufseher mit der Peitsche? Oder glaubt Ihr vielleicht, die Prügel helfen Euch beim Lernen? Meint Ihr, das Prügeln sei an allen Schulen Brauch? Fragt doch einmal die Herrensöhnchen mit den bunten Mützen, ob auch ihre zarte Haut Prügel zu fühlen bekommt? Sie werden über die törichte Frage lachen. Denn in den höheren Schulen ist das Prügeln verboten, in den Volksschulen hingegen erlaubt!»

³ Abriss, S. 27.

⁴ Zitiert nach Abriss, S. 27/28.

⁵ Erich Wiesner: *Man nannte mich Ernst*. Verlag Neues Leben. Berlin, 1958. S. 88.

«klassenmässigen Prozess» in Form von höheren Löhnen, grösseren Aufstiegschancen im Betrieb, Altersvorsorge, Sozialversicherungen etc. zwischen einer Schicht der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse. «Die Zahl der Besitzenden innerhalb der Arbeiterschaft war gestiegen – auf Kosten der unterdrückten Massen in den Kolonien.»⁶

Diese Schicht war stark in den Gewerkschaften und in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) vertreten, war gewissermassen aber auch durch die gewerkschaftliche und parteipolitische Organisation entstanden. Die Arbeiterorganisationen verlegten sich in ihrer Praxis immer mehr auf die Reformierung der kapitalistischen Wirtschaft und Politik, statt auf ihre endgültige Überwindung. Die tonangebende Strömung in der Sozialdemokratie zu dieser Zeit war der sogenannte Zentrismus. Die Zentrist*innen versuchten mehr schlecht als recht einen Spagat zu machen zwischen dem linken und rechten Flügel der Bewegung. Es wurde mit den Bürgerlichen paktiert, Staatsposten verteilt und zaghaft Verbesserungen für die Arbeiterklasse gefordert, während revolutionäre Phrasen hinaustrompetet und für die ferne Zukunft ein vager Sozialismus in Aussicht gestellt wurde. Der linke, radikale Flügel forderte die Durchsetzung einer revolutionären Praxis, wagte aber den Bruch mit der Partei viel zu spät, da die hübschen Worte die Hoffnung auf Besserung am Leben erhielten. Der rechte, revisionistische Flügel pochte darauf, dass sich die Partei in eine offen reformorientierte Partei verwandeln solle, statt Marxismus ein feel-good Humanismus.

Die Linken, darunter insbesondere Karl Liebknecht, forderten schon von Anfang an und mit Nachdruck eine systematische sozialistische Schulungsarbeit und antimilitaristische Erziehung der Jugend. Die Armee sollte als Werkzeug des Imperialismus untauglich gemacht werden. Als aktivster und revolutionärster Teil des Proletariats wurden die Jugendlichen von den zentristischen und rechten Sozialdemokrat*innen mit Misstrauen beäugt, Jugendvereine als überflüssig erklärt. Stellvertretend für die restliche Partei macht Robert Schmidt ihre Haltung gegenüber der Jugend deutlich: «Für die 10 Pfennig, die heute die Jugendlichen als Beitrag [in der Jugendorganisation] zahlen, sollten sie sich lieber ein Stückchen Wurst kaufen.»⁷ Ein paar Jugendlichen warfen ihm in einem späteren Vortrag Wurst an den Kopf.

Die Arbeiterjugend in Deutschland

Gegenüber früheren Ausbeutungsformen hatten die jungen Lohnempfänger*innen den Vorteil, dass sie über einen gewissen Teil ihrer Zeit frei verfügen konnten und so die Möglichkeit zur organisatorischen Betätigung hatten. Die Lebensumstände der Lehrlinge und Jungarbeiter*innen waren dennoch furchtbar. Der konkrete Anlass für die Gründung einer Jugendorganisation in Deutschland gab eine Reihe von Selbsttötungen jugendlicher Lehrlinge. Besonders die Geschichte des Schlosserlehrlings Paul Nähring erregte die Wut der Jugendlichen: Nachdem er sich im Grunewald bei Berlin das Leben genommen hatte, wurden auf seinem Körper unzählige Striemen und blaue Flecken entdeckt, welche von den Misshandlungen und dem ständigen Prügel durch den Lehrmeister zeugten. Ein paar Monate nach dem Tod von Paul im Juni 1904 wurde der Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins gegründet. Kurze Zeit davor war in Süddeutschland ebenfalls eine sozialdemokratische Jugendorganisation entstanden unter der Wirkung des rechten SPD-Politikers Ludwig Frank. Anders als im Rest von Europa wurde nicht die antimilitaristische Aufklärung als Hauptaufgabe wahrgenommen, sondern vor allem Rechtsschutz und Beratung der Jugendlichen.

Die deutschen Arbeiterjugendorganisationen wuchsen schnell. 1907 vermochten sie bereits, die erste internationale Konferenz sozialistischer Jugendorganisationen auf die Füsse zu stellen. Auf der Konferenz in Stuttgart erarbeiteten die Vertreter*innen aus Dutzenden Ländern erstmals gemeinsame Grundsätze, wonach sich die sozialistischen Jugendorganisationen zu richten hätten. Die Grundsätze waren kämpferisch. Es wurde klar eine Position gegen den Militarismus eingenommen. Und sozialistische Erziehung bedeutete für sie eine Erziehung zum Klassenkampf.

Der bürgerliche Staat schmiss der deutschen Arbeiterjugend jedoch schon bald darauf einen grossen Felsblock in den Weg. 1908 wurde die repressiven preussischen Gesetze auf das ganze Deutsche Reich ausgedehnt; Jugendlichen unter 18 Jahren war die politische Tätigkeit untersagt. Natürlich nur den Jugendlichen, die sich in sozialistischen Kreisen betätigten. Der süddeutsche Verein mit Frank an der Spitze kapitulierte vollständig vor den Gegner*innen und gab augenblicklich die Selbstauflösung bekannt. In Norddeutschland musste er von der Polizei zerschlagen werden. Wäre von der Sozialdemokratischen Partei ein geschlossener Widerstand gegen

⁶ Hannes Heer: *Burgfrieden oder Klassenkampf*. Leuchterhand Verlag, Berlin, 1971. S. 10.

⁷ Zitiert nach Willi Münzenberg: *Die dritte Front*. Neuer Deutscher Verlag, Berlin, 1930. S. 39.



Im Schweizerischen Sozialarchiv in Zürich hängt ein Porträt des Pfarrers Paul Pflüger (1865-1947). Der «linke» Pfarrer gründete den Jungburschenverein Auszersihl und war SP-Nationalrat. Daneben liebäugelte er mit der sogenannten Rassenhygiene, sprach sich gegen Antimilitarismus aus und hetzte gegen Kommunist*innen.

Foto: Taki, 2014.

dieses antidemokratische Gesetz zustande gekommen, hätte dessen Durchsetzung vielleicht unmöglich gemacht werden können. Die Partei und die Gewerkschaften nutzten stattdessen die Gelegenheit, um die unbequemen Jugendorganisationen abzuwürgen. An ihrer Stelle wurde die «Zentralstelle der arbeitenden Jugend» eingesetzt, geleitet vom späteren Kanzler Friedrich Ebert. Die Hauptverantwortung für die Bildung der heranwachsenden Arbeitergeneration wurde von den Erwachsenen übernommen. In der Zentralstelle bestehend aus 12 Personen «durften» davon nur vier Jugendliche mitwirken. Die Jugendbewegung verlor dadurch ihre Eigenständigkeit und sank auf das Niveau einer Jugendpflege ab mit Geselligkeit, Wandern und Spielen als Selbstzweck.

Die Arbeiterjugend in der Schweiz

In der Schweiz wurden einzelne sozialistische Jugendorganisationen bereits in den 1890er Jahren gegründet, hatten aber nicht lange Bestand. Die entscheidende Keimzelle der proletarischen Jugendbewegung war der Jungburschenverein Auszersihl, der 1900 durch den Pfarrer und sozialdemokratischen Politiker Paul Pflüger gegründet wurde und zu Beginn vor allem aus seinen Konfirmanden bestand. Der Verein war unpolitisch und hatte ausschliesslich technische und wissenschaftliche Bildung zum Ziel. Antimilitaristische Propaganda durch die Antimilitaristische Liga, Streiks, Zusammenstösse mit Arbeiter*innen und schwere Lehrlingsmisshandlungen führten zu einer Neuausrichtung hin zu einem stärker politischen und wirtschaftlichen Programm und zu einer Annäherung an die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) und an die Gewerkschaften. Es wurden weitere Sektionen in Zürich gegründet; man schloss sich bald zusammen und gab eine gemeinsame Zeitung heraus. 1908 verfügte der Verein über elf Sektionen und hatte zwei Delegierte an die internationale Konferenz in Stuttgart schicken können. Einen wichtigen Impuls brachte der aus Deutschland stammende Willi Münzenberg. In seiner Geburtsstadt Erfurt musste er sich in einer Schuhfabrik verdingen. Er trat früh in einen sozialdemokratischen Bildungsverein ein. Seine politischen Aktivitäten führten zu seiner Entlassung und dazu, dass es ihm verunmöglicht wurde, in der Umgebung eine neue Arbeitsstelle zu finden. Sozialist*innen waren von den Fabrikbesitzer*innen gar nicht gern gesehen. Münzenberg begab sich auf Wanderschaft und schlug sich mit Gelegenheitsjobs durch. In Zürich



Bearbeitete Version des Werks „Das Leiden im Kriege“ vom deutschen Künstler Heinrich Vogeler (1872-1942). Entstanden im Weltkrieg 1916.

fand er 1910 schliesslich bei einem mit der Sozialdemokratie sympathisierenden Apotheker eine sichere und relativ gut bezahlte Stelle. Er trat sofort dem Jungburschenverein bei. Dieser befand sich in jener Zeit unter dem Einfluss des Zürcher Anarchisten Fritz Brupbacher und machte eine anarchistischen Phase durch: Der Vorstand sowie alle Mitgliederbeiträge wurden abgeschafft. Jeder sollte nach seinen Möglichkeiten beitragen. Es stellte sich als Misserfolg heraus, der Verein wurde orientierungslos und sah seine Finanzierung gefährdet. In der Folge besann man sich wieder auf den marxistischen Kurs.

Die Jugendbewegung entschloss sich, ein Sekretariat mit einem bezahlten Sekretär einzurichten. Damit konnten die ländlichen Bezirke in der Schweiz für die proletarische Jugendbewegung erschlossen werden, wo es zuvor an politischen Kräften und Funktionär*innen fehlte, die in der Lage waren, eine Jugendsektion zu gründen, sie zusammenzuhalten und ihre Mitglieder zu schulen. War sie vorher nur in grösseren Städten tätig, ermöglichte die Gründung des Jugendsekretariats, die Bewegung auch in die kleinen Industriedörfer hinauszutragen. Der neue Sekretär Münzenberg hatte Erfolg; die Mitgliederzahlen verdoppelten sich innerhalb von wenigen Monaten.

Krieg und Sozialdemokratie

Der Erste Weltkrieg brach aus. Der DDR-Historiker Jürgen Kuczynski meint: «Falsch wäre es, irgendeinem einzelnen Monopol oder der herrschenden Klasse irgendeines Landes eine „besonders grosse Schuld“ an diesem ersten Weltkrieg zuzumessen. Das heisst nicht, dass man nicht eindeutig feststellen kann, dass in jener Zeit, im Sommer 1914, es gerade im Interesse des deutschen Monopolkapitals lag, dass der Krieg beginnen würde – nach der ganz einfachen Maxime: Man soll den Kampf in einer möglichst günstigen Situation beginnen.»⁸ Und man befand sich in einer günstigen Situation.

Noch bis Ende Juli wandte sich die sozialdemokratische Parteileitung in Deutschland mit radikalen Worten gegen den Krieg, wobei Russland als Kriegstreiber hingestellt wurde. Den völligen politischen Bankrott der Sozialdemokratie ergab die Zustimmung zu den Kriegskrediten im Parlament,

welche den Krieg finanzierten. Die SPD begründete es so: «Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.»⁹ Alle Phrasen von der internationalen Solidarität des Proletariats waren damit weggeblasen. Übrig blieb der offene Opportunismus, die Anbiederung der Sozialdemokratie an die Bürgerlichen.

Die Zweite Internationale, die internationale Vereinigung aller Sozialist*innen, brach zusammen.

Die in Stuttgart eingerichtete internationale Verbindung der Jugendorganisationen war organisatorisch ungenügend gewesen. Sie hatte bislang nichts getan, um die Beschlüsse der Konferenz in den einzelnen Ländern durchzusetzen. Der Sekretär aus Österreich liess das sowieso untätige internationale Büro mit dem Weltkrieg lautlos absterben.

Umgekehrt war es ein Verdienst der sozialistischen Jugendorganisationen der Schweiz, Italiens und Skandinaviens nach dem Verrat und Zusammenbruch der II. Internationalen als erste wieder eine internationale Organisation zu errichten und internationale klassenkämpferische Aktionen durchzuführen. Sie organisierten Ostern 1915 in Bern eine Konferenz, in der ganz klar gegen den sogenannten Sozialpatriotismus, die Kriegsunterstützung der Sozialdemokratie, Stellung bezogen wird.

Als erste gemeinsame Aktion wurde ein jährlicher internationaler Jugendtag geplant (nicht zu verwechseln mit dem grässlichen katholischen Weltjugendtag). Es wurde eine feste internationale Organisation errichtet mit Willi Münzenberg als Sekretär,

welche von Zürich aus die Zeitschrift «Jugend-Internationale» herausgab. Ein Makel der Konferenz war, dass man sich, auch durch das Wirken der Schweizer*innen, für die Entwaffnung des Proletariats aussprach. Den meisten Jugendlichen klang die Parole vom grossen Revolutionär Lenin noch zu verrückt: «Nicht nur die Männer sollen Gewehre haben, sondern auch die Frauen und Kinder; aber nur Angehörige der Arbeiterklasse.»¹⁰

Die Schweizer Sozialdemokratie hatte etwas anders reagiert als die deutsche. Der Krieg wurde als entsetzliches Unglück bedauert, aber ein Kampf gegen den Krieg zu führen, wurde als unmöglich betrachtet.¹¹ Die Arbeiterjugend nahm im Gegensatz zur passiven SPS von Beginn an eine eindeutige und scharfe Stellung gegen den Krieg ein, nur wusste

KJ fordert!

Proletarische Jugendorganisationen der Welt, lasst uns wieder jährlich am 3. Oktober den internationalen Jugendtag feiern, an dem wir ein Zeichen gegen die Militarisierung der Jugend und gegen die imperialistischen Kriege und Aggressionen setzen!

⁸ Jürgen Kuczynski: *Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie*. Akademie-Verlag, Berlin, 1957. S. 3.

⁹ Zitiert nach Abriss, S. 97.

¹⁰ Zitiert nach Willi Münzenberg: *Die proletarische Jugendbewegung bis zur Gründung der kommunistischen Jugendinternationale*.

Kleine Bibliothek des Marxismus-Leninismus. Hamburg, 1960. S. 20.

¹¹ Diese Haltung wurde so vom damaligen SPS-Nationalrat Johannes Sigg ausgedrückt.

man nicht, wie wirksam gegen den Krieg gearbeitet werden konnte.

Die Schweiz war während des Krieges ein Zentrum der Emigrant*innen und wurde dadurch zu einem Zentralherd der antimilitaristischen Bewegung. Vor allem Lenin, der während dem Krieg im Schweizer Exil weilte, lenkte die schweizerische Jugendbewegung in eine revolutionäre Richtung.

Mit Münzenberg als Sekretär wurde die internationale Vereinigung der sozialistischen Jugendorganisationen bald nach dem Krieg in die Kommunistische Jugendinternationale umgewandelt und die Schweizer Arbeiterjugend wurde zum Kommunistischen Jugendverband, lange bevor die Vorläuferin der Juso gegründet wurde.

Der Weltkrieg in Deutschland

Die Zentralstelle in Deutschland hatte eine Entfremdung der jungen Arbeiter*innen vom Kampf des bewussten Proletariats und eine Auslieferung an die bürgerliche Ideologie bewirkt. Dennoch konnte der sozialistische Gedanke nicht völlig beseitigt werden. Besonders in Orten, wo die Linken der SPD stark waren, blieb die Jugend revolutionär. Der Weltkrieg war jedoch ausgebrochen, bevor sich die Opposition in der Jugendbewegung sammeln konnte.

Derweil betrieb die bürgerliche «Jugendpflege» eine systematische Kriegshetze. Im Blatt des nationalistischen Jungdeutschland-Bundes durfte man 1913 solche Zeilen lesen: «Still und tief im deutschen Herzen muss die Freude am Krieg und ein Sehnen nach ihm leben, weil wir der Feinde genug haben [...] Der Krieg ist schön. Seine hehre Grösse hebt das Menschenherz hoch über Irdisches, Alltägliches hinaus.»¹² Auch die Zentralstelle schwenkte die arbeitende Jugend auf Kriegskurs ein. Ludwig Frank, einstiger Gründer des süddeutschen Jugendverbandes, stimmte in die Kriegsbegeisterung ein: «Die Pflichten des Parteigenossen fallen jetzt voll zusammen mit den Pflichten des Bürgers. Alle anderen Rücksichten treten zurück hinter der Pflicht, das bedrohte Vaterland zu schützen. In dieser Zeit sind wir ein einzig Volk von Brüdern – draussen auf dem Schlachtfeld, wie daheim.»¹³ Frank meldet sich freiwillig zum Kriegsdienst und stirbt als einer der ersten auf besagtem Schlachtfeld. Er war kein Einzelfall: Durch die nationalistische, unpolitische Jugenderziehung ziehen zweieinhalb Millionen junge Kriegsbegeisterte freiwillig in das Völkermorden. Und 783 von den 1'995 Vorsitzenden der sozialdemokratischen Jugendausschüssen im ersten Kriegsjahr.

Ein grosser Teil der sozialistischen Jugend war nicht

einverstanden mit diesem politischen Kurs. Es wurde zum Boykott der Zeitschrift der Zentralstelle «Arbeiter-Jugend» aufgerufen. Die Zahl der Abonnent*innen sank in der Folge von 100'000 zu Beginn des Krieges auf 30'000 im Jahre 1918 ab. Lokal begannen die revolutionär eingestellten Jugendlichen gegen den Krieg zu kämpfen. Nicht wenige mussten dafür zur Strafe an die Front. An ihrer Stelle traten die jungen Frauen in den Vordergrund und übernahmen die Funktionen der zum Militär Einberufenen.

Als 1915 zur internationalen Konferenz in Bern eingeladen wurde, lehnte die Zentralstelle, besser gesagt Ebert, eine Teilnahme vehement ab; dessen ungeachtet reisten einige Mitglieder der Opposition zur Konferenz in die Schweiz.

Mit der Zeit wurde die Vereinigung der isoliert wirkenden oppositionellen Jugendgruppen dringlich. Über Ostern 1916 wurde in Jena illegal eine Konferenz organisiert, mit der sich die deutsche Arbeiterjugend ein politisches Programm schuf und den ersten bestimmenden Schritt auf dem Weg zur revolutionären Einheit der Jugend im Kampf gegen Militarismus und Imperialismus machte.

Die linke Opposition in der SPD brach schliesslich mit dieser und formierte sich in der gemässigten Unabhängigen SPD, wo sogar der Begründer des Revisionismus Eduard Bernstein als Pazifist Platz fand, und in der radikaleren Spartakusgruppe mit Liebknecht und Luxemburg an der Spitze.

Es wurde immer deutlicher, dass das Deutsche Reich den Krieg verlieren würde. Die Bevölkerung war kriegsmüde und ausgeblutet. Die Zeit war reif für eine Revolution. Doch sowohl die revolutionären Jugendlichen sowie die älteren Genoss*innen hatten den Bruch mit der reformistischen Sozialdemokratie zu spät vollzogen. Gnadenlos wurden sie von bürgerlicher und sozialdemokratischer Seite verfolgt, die Novemberrevolution 1918 in Deutschland blutig niedergeschlagen.

Trotz alledem können wir mit der Revolutionärin Clara Zetkin sagen: «In den furchtbaren Jahren des Krieges hat die sozialistische Jugendinternationale die Feuerprobe bestanden, besser bestanden als viele sozialdemokratische Parteien und moderne Gewerkschaften, die sich stolz ihrer Mitgliederzahl, ihrer gefüllten Kassen, ihrer mustergültigen Einrichtungen rühmten. Sie hat dem internationalen Sozialismus Treue gehalten. [...] Ohne Jugendglauben und Jugendkraft kein Sieg der Revolution des Sozialismus!»¹⁴

Taki, Zürich

¹² Abriss, S. 84/85

¹³ Abriss, S. 100.

¹⁴ Zitiert nach *Die proletarische Jugendbewegung*, S. 28.



Foto: United States Air Force 04.06.2004.

Die immerwährende Bedrohung

Vor hundert Jahren hat ein Weltkrieg stattgefunden. Ein paar Jahre zuvor hat Karl Liebknecht, die grosse Persönlichkeit in der deutschen radikalen Linken, das Buch «Militarismus und Antimilitarismus» geschrieben, worin er die Bedeutung des Militarismus und Krieges für die Gesellschaft beschreibt und wie sie als Mittel zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Herrschaft genutzt werden.

Was kann uns eine Analyse des Militarismus für unseren Kampf gegen den Kapitalismus bringen? Der Militarismus ist tief in der Gesellschaftsordnung verwurzelt und ist Ausdruck des Selbsterhaltungstriebes der herrschenden Klassen und Kulturen. Die Geschichte des Militarismus deckt die Triebfedern der menschlichen Entwicklungsgeschichte auf; in der Geschichte des kapitalistischen Militarismus werden die Wurzeln des Kapitalismus aufgedeckt. Gleichzeitig ist sie wie alle Geschichte Geschichte von Klassenkämpfen.

Waffen und Gesellschaft

Die Stütze der gesellschaftlichen Herrschaft ist physische Kraft. Nicht im Sinne von besonderer Körperstärke einzelner Individuen, bedeutsam ist das zahlenmässige Mehrheitsverhältnis, welches vom Klassenbewusstsein dirigiert wird. Dieses wiederum wird durch die wirtschaftliche Lage bestimmt. Eine wirtschaftliche Überlegenheit, wie die der Bourgeoisie im Kapitalismus, kann eine Verschiebung und Verwirrung dieses Zahlenverhältnisses bewirken. Daneben gibt auch die politische Maschinerie der herrschenden Klasse ein Machtmittel, um das Zahlenverhältnis zu ihren Gunsten zu verschieben. Die politische Maschinerie besteht aus den Einrichtungen Polizei, Justiz, Schule und Kirche. Die ersten beiden wirken durch Drohung, Abschreckung und Gewalt, die Schule durch die Verstopfung aller Durchgänge im Gehirn, die Klassenbewusstsein schaffen könnten, und die Kirche durch die Anlegung von Scheuklappen. Aber auch das so geschaffene Zahlenverhältnis entscheidet nicht allein über das

Herrschaftsverhältnis. Die physische Kraft wird durch die Waffe vervielfältigt. Diese Vervielfältigung hängt natürlich vom Stand der Waffentechnik ab. Die wirtschaftliche Überlegenheit führt aber dazu, dass sich eine Klasse diese Waffentechnik praktisch direkt aneignen kann und sich die Möglichkeit schafft, die Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder zu unterjochen.

Der Klassenkampf muss deshalb ein Kampf sein zur Förderung des Klassenbewusstseins der unterdrückten Klasse, einschliesslich ihrer revolutionären Tat- und Opferbereitschaft, und zur Erlangung jener Machtmittel. Und zwar die Machtmittel, die die Entstehung von Klassenbewusstsein verhindern, sowie jene, die physische Kraft vervielfältigen können. Die Waffentechnik spielt eine überaus wichtige Rolle. An ihr hängt ab, ob die Minderheit in der Lage bleiben kann, die Mehrheit gegen deren Willen zu beherrschen – zumindest für eine Weile. Die Entwicklung der Waffentechnik ist eng mit der Geschichte der Klassenbildung verknüpft. In der egalitären Gesellschaft, in der jede*r im wesentlichen gleichwertige Waffen herstellen konnte, musste sich die politische Herrschaftsform in der Herrschaft aller, in der wirklichen Demokratie (nicht zu verwechseln mit der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie) äussern. Durch die entstehende Arbeitsteilung – und damit auch Klassenbildung – wird die Waffenherstellung zu einem besonderen Beruf. Die entstehende wirtschaftliche Überlegenheit gewisser Klassen führt dazu, dass diese die Waffenherstellung zu ihrem Monopol machen, womit sie gleichzeitig den physischen Grund für Demokratie

beseitigen. Es genügte nicht, dass alle Mitglieder einer Gesellschaftsform Waffen mit sich führen, um die demokratische Herrschaft zu erhalten. Nur wenn die Waffenerzeugung Allgemeingut ist, konnte gleichmässige Bewaffnung andauern.

Krieg in der Menschheitsgeschichte

Waffen dienten in den Anfängen der Menschheitsgeschichte, im sogenannten Urkommunismus, auch als Werkzeug: Sie waren Mittel zum Nahrungserwerb (Jagd, Graben), zur Abwehr von wilden Tieren und von feindlichen Stämmen. Da es noch keine Arbeitsteilung gab, ausser der sexuellen in Form von Geschlechtern (genauer: Gender), und Waffenerzeugung von allen getätigt werden konnte, war hier nur die demokratische Herrschaftsform möglich. Militarismus kam in dieser Gesellschaftsform kaum vor. Durch die Bildung von Klassen und die Entwicklung der Waffentechnik änderte sich dies.

Als erste Klassengesellschaft entstand die Sklavenhaltergesellschaft: Die Klassentrennung in der griechischen und römischen Gesellschaft beruhte auf der militärischen Hierarchie. Es war die Klassenlage, nach der sich das Ausmass der Bewaffnung richtete.

Für den Feudalismus wollen wir zwei militärische Ereignisse vergleichen: Gegen die krichlich-feudalen Heere wurde einerseits im deutschen Bauernkrieg gekämpft, der in einer Niederlage endete, und andererseits in den deutschen Städtekriegen des 14. Jahrhunderts, welche erfolgreich ausgingen. Weshalb dieser unterschiedliche Ausgang? Die Städtekriege konnten erfolgreich verlaufen, weil damals die Waffentechnik noch rückständiger war als im Bauernkrieg von 1525; der Hauptgrund lag aber in der grossen wirtschaftlichen Stärke der Städte. Städte bildeten eine Interessensphäre auf engstem Raum, weshalb in der Art des Städtebaus taktisch vorgegangen wurde, und zwar in der Art wie die Feudalherren ihre Burgen und Festungen bauten. Auch da die Waffenerzeugung in den Händen der Städte lag, konnte den Ritterheeren

den Garaus gemacht werden. Die Klassengliederung ist in den Städten im Gegensatz zur Bauerngesellschaft örtlich nah beieinander, damit wird der Klassenkampf ausserordentlich erleichtert: durch die leichtere Förderung des Klassenbewusstseins und durch die einfachere militärische Zusammenführung von Klassengenoss*innen. Dieser Umstand hat auch in den bürgerlichen Revolutionen geholfen.

Militarismus und Kapitalismus

Der Militarismus tritt nicht nur im Kapitalismus auf.



Porträt von Karl Liebknecht (1871-1919). Foto: Library of Congress, ca. 1911.

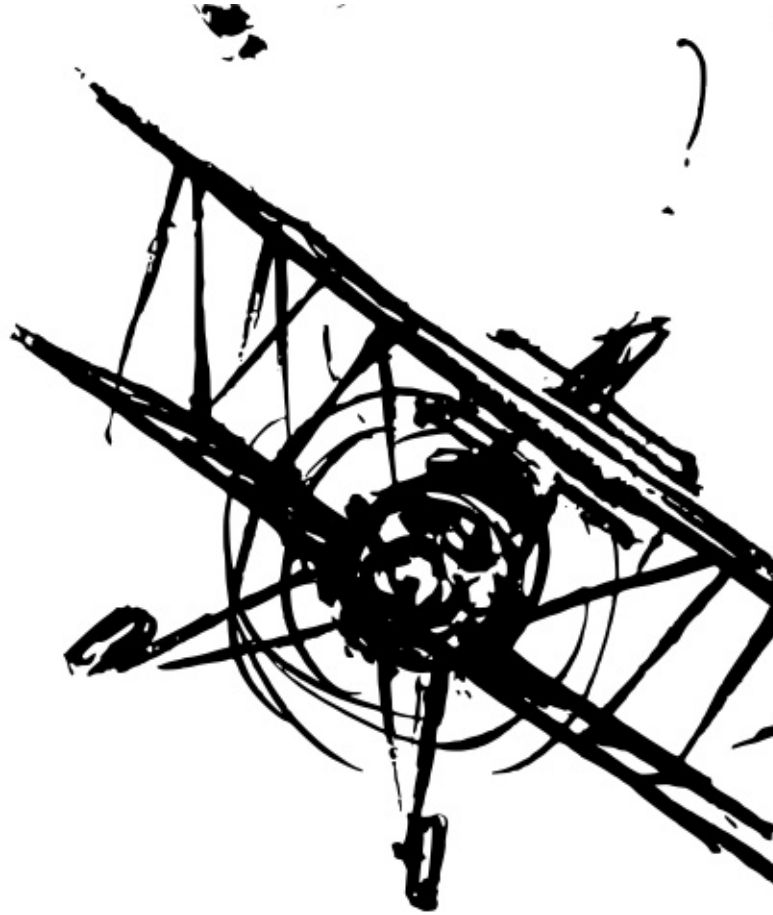


Aber hier wurde eine besondere Sorte Militarismus entwickelt: die Armee mit allgemeiner Wehrpflicht. Diese Armee ist, obwohl aus dem Volke, kein Heer des Volkes, sondern ein Heer gegen das Volk.

Die Armee des Kapitalismus hat wie in jeder anderen Gesellschaftsordnung einen doppelten Zweck: Sie ist eine Einrichtung der Nation zum Schutz gegen die Gefährdung von aussen. Im Kapitalismus ist Krieg alltäglich (wir hatten seit den Anfängen bis in die heutige Zeit kein einziges Jahr ohne Krieg). Das kapitalistische System zwingt die Staaten zur wirtschaftlichen und politischen Expansion (letzteres geschieht heute eher verdeckt), dadurch entstehen immer wieder neue, gefährliche Reibungsflächen zwischen den Staaten. Und diese haben sich unter anderem in zwei Weltkriegen entladen.

Wenn gesagt wurde, dass die Funktion des Militarismus gegen den äusseren Feind national sei, so heisst das nicht, dass diese Funktion im Interesse der kapitalistisch beherrschten Völker ausgeübt wird. Eine Politik, die einen Militarismus gegen aussen notwendig macht, hat keinen Nutzen für das internationale Proletariat, seine eigenen Interessen widersprechen dieser sogar aufs Schärfste. Jene Politik dient direkt den Ausbeutungsinteressen der herrschenden Klassen des Kapitalismus. Die Kriege, die die herrschende Klasse führen, fordern immer vom Proletariat die höchsten Opfer, in Blut und Gütern. Und das Vaterland, für das es sich dabei opfern soll, ist nicht sein Vaterland. Das Proletariat hat nur einen Feind: die Kapitalistenklasse, die das Proletariat unterdrückt und ausbeutet. Der Militarismus hat darum nicht nur die Abwehr der internationalen Konkurrenz zur Aufgabe, sie muss auch die herrschende Gesellschaftsordnung zu schützen.

«Hier zeigt er sich als ein reines Werkzeug des Klassenkampfes, als Werkzeug in den Händen der herrschenden Klassen, dazu bestimmt, im Verein mit Polizei und Justiz, Schule und Kirche die Entwicklung des Klassenbewusstseins zu hemmen und darüber hinaus einer Minderheit, koste es, was es



wolle, selbst gegen den aufgeklärten Willen der Mehrheit des Volkes die Herrschaft im Staat und die Ausbeutungsfreiheit zu sichern.»

Der Militarismus bewaffnet das Volk gegen das Volk und macht die Arbeiter*innen zu Unterdrückten und Feindinnen, zu Mörder*innen der eigenen Klassengenoss*innen. Nicht zu vergessen ist, dass sich der «Militarismus gegen innen» vielfach auch heftig gegen die nationalen Minderheiten richtet, beispielsweise gegen die Schwarzen in den USA.

Militaristische Pädagogik

Für die Herrschenden ist wichtig, dass die Armee zu einem handlichen und wirksamen Instrument zur Machterhaltung wird. Sie müssen sie darum auf einen hohen militärtechnischen Stand bringen und gleichzeitig, da Menschen keine Maschinen sind, mit dem richtigen «Geist» füllen. Dieser «Geist» be-



Bombenabwurf über Paris im Zweiten Weltkrieg.

Foto: U.S. National Archives, 31.12.1943.

deutet einfach die jederzeitige Bereitschaft, auf den äusseren und auf den inneren Feind nach Kommando loszuschlagen. Dafür ist es günstig, eine möglichst stumpfsinnige Masse wie eine Herde Vieh herumtreiben zu können. Das Dumme ist aber, dass die moderne Waffentechnik zu ihrer Bedienung ein nicht geringes Mass an Intelligenz voraussetzt. Eine stumpfsinnige Masse ist deshalb nicht dazu zu gebrauchen, auch nur schon für die Arbeit in den Fabriken und Betrieben nicht. Der Militarismus muss sich deshalb seine Unterworfenen mit anderen Mitteln gefügig machen. Der richtige «Geist» wird für den Feind gegen aussen mit nationalistischer Überheblichkeit (Chauvinismus) und Engherzigkeit hergestellt, für den Feind gegen innen mit Hass gegen jede Unternehmung, die zum Ziel hat, das gegenwärtige Herrschaftsverhältnis aufzuheben. Das System, das für eine solche geistige und psychische Beeinflussung der Soldat*innen nötig ist, ist äusserst raffiniert.¹

Als erstes werden die Soldat*innen durch die Kaserrierung von der Familie und den Klassengenoss*innen abgesondert. Dann wird diese Zeit genutzt, um ihre Gehirne möglichst gründlich zu waschen. Ehrgeiz und Eitelkeit werden gekitzelt: Soldat*innen werden verherrlicht, es werden glitzernde Abzeichen in Aussicht gestellt und pompöse Paraden und Schauen veranstaltet. Daneben wird ihnen ein kindisches, verkehrtes, für die Zwecke des Militarismus zurechtgestutztes Weltbild eingebläut. Soweit das Zuckerbrot. Die Peitsche des Militarismus besteht aus dem gnadenlosen Disziplinarwesen und dem Militärstrafrecht mit unmenschlichen Bestrafungen.

«Von hervorragendem Wert für die Heeresdisziplin ist das Zusammenwirken von Menschenmassen, innerhalb deren die Selbständigkeit des Individuums in weitem Umfang aufgehoben wird. Jeder einzelne ist im Heere, gleich dem Galeerensträfling, an alle andern angekettet, zu freier Aktion nahezu unfähig. Die hunderttausendfache Kraft aller übrigen hält ihn mit überwältigender Macht von jeder selbständigen Eigenbewegung zurück.»

Aber auch vom zivilen Bereich lässt der Militarismus nicht seine Finger. Militärische Disziplin wird in den Betrieben und in den Schulen verlangt und durchgesetzt.

Ein ganz anderes Mittel zur Verbreitung seines Geistes besitzt der Militarismus noch in der Eigenschaft als Konsument und als Produzent grosser staatlicher Wirtschaftsbetriebe. Von der Armee lebt eine ganze Armee von Fabrikanten, Handwerkern und Händlern mit ihren Angestellten, die an der Er-

¹ Liebknecht beschreibt natürlich die Methoden, die damals im Deutschen Reich angewandt wurden. Sie haben teilweise aber noch immer Ähnlichkeit mit heutigen.

zeugung der Ausrüstung und Verbrauchsartikel für die Soldaten beteiligt sind. Für den Bezug mit der Gegenwart sei nur ein Wort erwähnt: RUAG.

Antimilitarismus

Die Beseitigung oder mindestens die grösstmögliche Schwächung des Militarismus ist eine Lebensfrage für den politischen Emanzipationskampf. Es ist eine Lebensfrage wegen der Überlegenheit der Armee gegenüber einem Volk ohne Waffen, wegen der hochentwickelten Technik und Strategie und der Riesenhaftigkeit der Armeen, und aufgrund des ungünstigen wirtschaftlichen Kräfteverhältnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie. In der bürgerlichen Revolution hatten die Kapitalist*innen die wirtschaftliche Macht in den Händen, und zwar schon bevor die eigentliche Revolution zum Ausbruch kam. Zugleich haben sie die von ihnen unterworfenen Klasse für sich vor die Gewehrläufe laufen lassen. Das Proletariat muss dagegen alles, was es sich zum Ziel nimmt, «mit Hunger und mit den eigenen nackten

Leibern erobern».

Das Endziel des Antimilitarismus ist die Beseitigung des Militarismus, das heisst: Beseitigung des Heeres in jeder Form, mit der dann notwendig alle sonstigen Erscheinungen des Militarismus fallen. Die Aufgabe des Antimilitarismus gegen den Militarismus gegen aussen ist es, die vorhandenen Armeen aktionsunfähig zu machen oder wenigstens ihre Aktionsfähigkeit zu lähmen. Das Ziel des Antimilitarismus im Innern ist nach Liebknecht «die unbedingte und gründliche Wehrlosmachung der Staatsgewalt». Vor allem muss die Verwendung von Militär gegenüber streikenden Arbeiter*innen oder politisch demonstrierenden Proletarier*innen verhindert werden.

Der Militarismus steht dem Proletariat als ein bis an die Zähne bewaffneter Räuber gegenüber. Er ist eine stets gegenwärtige Gefahr, auch wenn er nicht gerade zuschlägt. Deshalb dürfen sich die Arbeitenden ihm nicht unbewaffnet gegenüberstellen.

Ben, Zürich



«Die Toten mahnen uns» In Berlin wird jährlich die Luxemburg-Liebknecht-Demonstration bis in den Zentralfriedhof Friedrichsfelde mit dem abgebildeten Denkmal durchgeführt, um den revolutionären Sozialisten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu gedenken. Die beiden Gründer*innen der Kommunistischen Partei Deutschlands wurden am 15. Januar 1919 von rechten Freikorpsoldaten ermordet - unter und mit Wissen und Zustimmung der sozialdemokratischen Regierung (namentlich Noske und Ebert). Foto: Yoyo, 2013.



Töten macht Spass. Nur als Computerspiel. versteht sich. Foto: Luke Hayfield, 2010.

Mord im Kinderzimmer

Ein paar Worte zum Gamen und wie uns die Unterhaltungsindustrie militarisiert. Oder wie beim Zeit Totschlagen virtuell totgeschlagen wird.

Knall den Wichser ab! Haha, hast du gesehen, wie's den gekillt hat! Nimm das Maschinengewehr, das macht mehr Spass! Nee, ich bin mit dem hier viel präziser. Scheisse, mir geht die Munition aus. Welche fehlt dir? Schon gut, hab ein Magazin gefunden.

Solches Zeug oder ähnliches wird beim Zocken von sogenannten Killerspielen gelabert. Beispielsweise auf YouTube kann man Gamer*innen zuschauen, wie sie virtuell Menschen umbringen. Ist noch ganz witzig, wie sie dabei über Waffentechnik und Kampfstrategien diskutieren, als müssten sie schon morgen den nächsten Weltkrieg planen. Ihr militärisches Wissen reicht letztlich wahrscheinlich nicht an das der echten Kriegsherren heran. Aber es ist doch witzig, wie sie freiwillig in ihrer Freizeit Waffengattungen auswendig lernen und Tötungsmethoden

perfektionieren. Ist doch witzig: Als Spiel verkleidet wird den Leuten militärisches Grundwissen eingetrichtert. Das nenn' ich mal gelungene Pädagogik! Warum schneidet sich die Schule nicht eine Scheibe davon ab und verpackt alles in ein Game, und ich meine nicht diese langweiligen Lernspiele.

Spas beiseite, in der virtuellen Welt Gelerntes ist eh nicht direkt auf die wirkliche Welt übertragbar. Killerspiele machen noch lange keine echten Killer. Klar wie Blutsuppe. Aber eine Wirkung haben sie schon: Sie machen das Militär und den Krieg zu etwas Normalem, etwas Alltäglichem. Es wird gezeigt, dass Elemente des Krieges Fun machen können. Es wird als selbstverständlich vermarktet, dass es Dinge gibt wie Pflicht, Ehre, Vaterland, und das sie es wert sein können, dafür zu sterben. Super witzig.

Emma, Witzwil



Verwundete Soldaten des Ersten Weltkriegs in der Ruine der Kirche von Neuilly in Frankreich. Foto: J. A. Marshall, 2009/1918.

Der Mensch ist gut

Leonhard Frank war ein sozialistischer Schriftsteller mit konsequent antimilitaristischer Einstellung. Seine Novellensammlung «Der Mensch ist gut» entstand mitten im Krieg 1916. Wir veröffentlichen einen Auszug aus dem ersten Kapitel dieses erschütternden Werks.

Robert war Servierkellner in einem deutschen Hotelrestaurant. Gewöhnlich. Blond. Und wenn er, in devoter Verbeugung erstarrt, vor dem Gaste stand und eine Bestellung entgegennahm, kroch der Gedanke durch sein Gehirn: jeder andere Beruf ver-

trägt sich eher mit der Menschenwürde.

Auf ihn wirkte das hingeschobene Trinkgeld wie eine Ohrfeige, für die man sich bedanken musste. Und wenn das Trinkgeld von einem Gaste kam, der ärmer als der Empfangende war, stieg aus Roberts

Quelle:
Leonhard Frank: *Der Mensch ist gut*. Max Rascher Verlag. Zürich, 1919. S. 7-13.

verletzter Menschenwürde sichtbar die Verachtung empor, steigerte sich manchmal zu Rachsucht und Frechheit. Es kam vor, dass Robert solch einem Gaste das Trinkgeld zurückschob. Vornehmen Gästen Kredit zu gewähren, war ihm eine Erlösung.

Im Jahre 1894 bekam seine Frau den lange vergeblich erwarteten Sohn. Und Roberts Liebe stürzte sich auf dieses Kind. Das bekam alles: ein Kinderzimmer, sterilisierte Kindermilch, einen federnden Kinderwagen, einen weisslackierten Stall, Hampelmänner. Später Dampfmaschinnen, Eisenbahnen, Luftballons, Trommeln, Säbel, Schiessgewehrchen, Bleisoldaten. Später ein Spazierstöckchen, einen Matrosenanzug mit einer Mütze, auf der stand «S. M. S. Hohenzollern», einen rindsledernen Bücher- ranzen, eine Rechenmaschine mit roten und weissen Kugeln, einen polierten Griffelkasten.

Der Sohn bekam Geigenstunden, musste Klavierspielen lernen. Und durfte das Gymnasium besuchen. Er sollte studieren. Nicht Kellner werden. Schon mit zehn Jahren besass der Sohn ein Fahrrad. Und gehörte mit zwölf Jahren der patriotischen Jugendvereinigung an.

Roberts Leben erschöpfte sich im Dasein des Sohnes. Und der Satz: jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert, war ihm zur Weltanschauung geworden. Robert flog, die Bestellungen auszuführen, verbeugte sich, dankte fürs Trinkgeld, verbeugte sich, dankte, sparte, scharrte zusammen, rechnete, strebte, wurde Zimmerkellner, dann Oberkellner, wies heimlichen Liebespärdchen stille Zimmer an für ein paar Stunden, drückte Augen zu, sank in einen Abgrund der Liebe für seinen Sohn, schickte ihn auf die Universität, bekam graue Haare, war selig im Dienen, selig in seinem Sohne, besass hundert Photographien von ihm, hatte die Kinderkleidchen aufgehoben, das Spielzeug: die Säbelchen, die Gewehrchen, die Bleisoldaten. Das Mützchen, auf dem stand «S. M. S. Hohenzollern».

Der Sohn war zwanzig Jahre alt. Er bekam die Einberufung an einem Dienstag, bekam ein halbes Jahr später das eiserne Kreuz.

Und im Sommer 1916 bekam Robert die Nachricht, dass sein Sohn gefallen war. Auf dem Felde der Ehre.

Eine Welt war erschlagen.

Der Erschlagene las immer wieder: «Gefallen auf dem Felde der Ehre». Den Zettel trug er bei sich in der Brieftasche, zwischen den Banknoten. Er las ihn, wenn ein Fremder kam und ein Zimmer verlangte, wenn er an der Billardecke stand und Bestellungen erwartete, wenn er, von der Glocke

gerufen, durch den langen Gang lief, las ihn, bevor er das Zimmer betrat und nachdem er, die bezahlte Rechnung und das Trinkgeld in der Hand, das Zimmer wieder verlassen hatte. Er las ihn in der Küche, im Weinkeller, auf dem Klosett. «Gefallen auf dem Felde der Ehre». Ehre. Das war ein Wort und bestand aus vier Buchstaben. Vier Buchstaben, die zusammen eine Lüge bildeten von solch höllischer Macht, dass ein ganzes Volk an diese vier Buchstaben angespannt und von sich selbst in ungeheuerlichstes Leid hineingezogen hatte werden können.

Das Feld der Ehre war nicht sichtbar, nicht vorstellbar, war Robert nicht begreifbar. Das war kein Feld, kein Acker, war keine Fläche, war nicht Nebel und nicht Luft. Es war das absolute Nichts. Und daran sollte er sich halten. Sein ganzes Leben lang. Hinter ihm lag nichts und vor ihm lag nichts. Robert stand in der Mitte auf dem Nichts.

Seine Hände servierten, quittierten, empfingen Trinkgelder. Wofür? Es gab keine Banknoten mehr. Und sein Sparkassenbuch war für ihn das Feld der Ehre. Und das Feld der Ehre war nicht begreifbar.

Robert gab die besten Zimmer auf Wunsch um die Hälfte des festgesetzten Preises ab, gab noch einen Salon dazu, ein Badezimmer. Wurde zum Servierkellner degradiert. Gab im Restaurant ohne Widerstreben die teuren Speisen und Weine billiger ab, wenn den Gästen die Rechnung zu hoch erschien. Wurde daraufhin nur noch zur Mithilfe herangezogen, wenn im grossen Hotelsaal ein Fest, eine Versammlung war.

Gab es etwas Gleichgültigeres, als aus der Lebensstellung verdrängt worden zu sein? Das alles war nur das Feld der Ehre. War ein absolutes Nichts.

Oft fand er sich in seines Sohnes Zimmer, wohin er während des Krieges die Photographien, Kinderkleidchen, Säbelchen, Trommelchen, Gewehrchen, Bleisoldaten zusammengetragen hatte, und empfand nichts beim Betrachten dieser vergilbten und verkratzten Überbleibsel, ging, automatisch wie er eingetreten war, wieder hinaus.

Dieser Zustand, in dem Robert sich nur noch wie eine Maschine bewegte, dauerte wochenlang, bis eines Tages der Mensch in ihm die Kraft fand, sich dem Schmerze zu stellen. Seiner Hand entfiel die Photographie des Söhnchens – in Infanterieuniform, mit präsentem Gewehrchen –, und Robert sauste, von einem Dampfhammerschlag getroffen, hinunter in den Abgrund, das Herz blossgelegt dem Schmerze und der Liebe. Robert schrie. Nur einmal. Und ganz kurz.

Von etwas Unnennbarem berührt, wich er der Erlö-

sung, die im Schmerze liegt, aus.

Und als seine Frau ihn trösten wollte mit den Worten, die sie von dem unter dem gleichen Leide stehenden Kolonialwarenhändler, Bäcker, von der Nachbarin übernommen hatte: jetzt müsse man sich halt damit abfinden, schrak sie zurück vor Roberts gefährlich blickenden Augen und schwieg fernerhin.

Auch Robert schwieg, tat die Arbeit, die man ihm zuwies. Und da man ihn, der wiederholt Gäste fortlaufen liess, ohne dass sie bezahlt hatten, nur noch als Wasserträger im Hotelcafé verwenden wollte, erklärte er sich auch hierzu bereit.

Robert wusste, dass etwas geschehen werde. Deshalb ertrug er weiter diese gefährliche Ruhe. Denn wie konnte es möglich sein, dass nichts geschah durch ihn, der nichts mehr verlieren konnte, da er alles schon verloren hatte? Der von einer dünnen Kellnerhaut überzogen war, unter welcher der Mensch schrie, entsetzlich lautlos der Schmerz, die Liebe schrien? Durch den geringsten Anlass konnte die Haut zerspringen. Dann stieg der Schrei.

Die Kindergewehrchen und Säbelchen hatte er, sich aus den Augen, hinüber ins Hotel getragen und hinter das Klavier gesteckt. Denn wenn er dieses Spielzeug nur anblickte, brannte ihn die Schuld. Aber wenn er einen mit dem Kriegsorden verzierten Leutnant bediente, zitterten seine Hände nicht.

Und als eines Tages ein patriotischer Jugendverein – halbwüchsige Jungen unter Gewehr – die Strasse herauf und am Hotel vorbei das Lied trug: «Kann dir

die Hand nicht geben, dieweil ich eben lad'...», frass sich das Schuldbewusstsein glühend in Robert hinein. Denn auch er hatte seinen Sohn solche Lieder gelehrt und lehren lassen und voll Vaterstolz ihm zugehört.

In wilder Spannung stand er unterm Hotelportal und fühlte, dass sein Sprung auf die vorbeimarschierenden, schlecht beratenen Jünglinge ein Sprung in die Luft sein würde. Denn hinter den Jünglingen und hinter dem Kampfliede stand etwas, das nicht zu greifen war: ein unsichtbarer, unkörperlicher Gegner. Und eines Tages hatte er den Feind, so scharf erkannt, dass seine Augen die eines schuldbewussten Mörders wurden. Da geschah es, dass Tränen wilden Zornes ihm hinter die Augen traten, wenn er ein Mädchen sah, das ihren Bräutigam, eine Frau, die ihren Mann, ein Elternpaar, das seinen Sohn verloren hatte und doch lächeln und wie immer das Glas Bier bestellen konnte.

Einer Mutter, der ihre Stütze fürs Alter, ihre Hoffnung, der Zentralpunkt all ihrer Liebe – ihr einziger Sohn zerstampft worden war auf dem Felde der Ehre und die zu Robert sagte, «jetzt muss man sich halt damit abfinden», griff er wild an den Hals.

Er besann sich und legte seine plötzlich von Liebe durchbehten Finger der Mutter sanft auf die Schulter. Denn nicht die Frau war schuld, nicht sie war der Feind und nicht ihre Worte, sondern das, was hinter den Worten stand. Und das war etwas, das nicht da war. Es war das Nichtvorhandensein der Liebe.

Ich bestelle ein:

- ☐ Probeabo (3 Ausgaben gratis)
- ☐ Jahresabo für 20 Franken
- ☐ Soli-Abo für 40 Franken

Ich will:

- ☐ Infomaterial von der KJ
- ☐ einen coolen KJ-Pulli für 30 Franken
- ☐ aktiv werden

Adresse

Name:

Strasse:

PLZ/Ort:

Telefon/E-Mail:

Bitte
frankieren

Njet! Das kommunistische Jugendmagazin
c/o Partei der Arbeit Zürich
Postfach 8721
8036 Zürich

Auf!

Umtost vom vaterländischen Geheul
Der Wehrpflicht-Wilden auf ihrem Kriegspfad,
Zitternd, wie einer, den der Arzt
Tauglich zum Tod sprach,
Erbleicht der Mensch, ihn bedrängt
Im unauslöföelbaren Kessel die Blutsuppe.

Sonnenflecken überschatten die Erde.

Kalt gelagert umscharen die Lache,
Unterwelt, deinen See,
Die Türme der Leichen.
Der ohnmächtige Fährmann
Zerhackt das veraltete Ruder,
Zerschrotet das Boot, ihm frohnen Flotten
Torpedierter Ozeandampfer als
Totenschiffe.

Schwinget endlich den fressenden Hammer
Wider Hirnschädel der Grossen!

Albert Ehrenstein (1886-1950)
Deutsch-ungarischer Lyriker